
UNSER LAND VON MORGEN

Regierungsprogramm
der SPD Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2016

- Beschlossen auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 23. Januar 2016 -

SPD RHEINLAND-PFALZ



INHALTSVERZEICHNIS

I. WIR IN RHEINLAND-PFALZ	1
II. UNSER ERFOLGSLAND	2
III. WAS VOR UNS LIEGT	4
IV. 50 GUTE ARGUMENTE FÜR DIE SPD	8
1. RHEINLAND-PFALZ BIETET, WONACH FAMILIEN SUCHEN	8
2. GEBÜHRENFREIE BILDUNG VON ANFANG AN	10
3. SCHULEN MIT KLEINEN KLASSEN UND AUSREICHEND PERSONAL	10
4. GUTE SCHULE DEN GANZEN TAG	11
5. BESTE FÖRDERUNG FÜR ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN	11
6. WIR MACHEN UNSERE KINDER FIT FÜR DIE ZUKUNFT	12
7. HOHE QUALITÄT IM STUDIUM	13
8. EXZELLENZ UND INNOVATION IN DER FORSCHUNG	14
9. PERSPEKTIVEN FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS	14
10. GESUNDHEIT UND PFLEGE: WIR SICHERN DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG	15
11. HAUSÄRZTINNEN UND -ÄRZTE BLEIBEN DIE ERSTEN ANSPRECHPARTNER	16
12. GUTE PFLEGE IST EIN GRUNDRECHT – GUTE RENTEN VERHINDERN ALTERSARMUT	17
13. GUTE LÖHNE FÜR FACHKRÄFTE IN SOZIALEN BERUFEN	19
14. MEHR AUFMERKSAMKEIT FÜR WOHNEN IM ALTER	19
15. GUT UND BEZAHLBAR: WOHNEN IN RHEINLAND-PFALZ	20
16. RHEINLAND-PFALZ IST EINWANDERUNGSLAND	21
17. HUMANE FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK	22
18. WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG GEMEINSAM SICHERN – INNOVATIONEN FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT	24
19. DREI SÄULEN UNSERER WIRTSCHAFT: INDUSTRIE, MITTELSTAND, HANDWERK	25
20. TOURISMUSLAND RHEINLAND-PFALZ	26
21. DUALE AUSBILDUNG IST UNSER STANDORTVORTEIL	27
22. FACHKRÄFTE SICHERN: AUSBILDUNG STÄRKEN, WEITERBILDUNG AUSBAUEN	27
23. DIE ENERGIEWENDE VOLLENDEN	28
24. WIR STEHEN FÜR MOBILITÄT – RHEINLAND-PFALZ SETZT AUF KLUGEN VERKEHRSMIX	30
25. VERKEHRSINFRASTRUKTUR MIT DEN RICHTIGEN PRIORITÄTEN	31
26. LÄRMSCHUTZ IST LEBENSQUALITÄT	33

27. GUTE ARBEIT STÄRKEN – ÖFFENTLICHE HAND IST VORBILD	34
28. GERECHTIGKEIT AUF DEM ARBEITSMARKT – ARBEITSMARKTPOLITIK STÄRKEN	35
29. DIGITALISIERUNG UND DEMOGRAFIE GESTALTEN	36
30. SCHNELLES NETZ – GUTE ZUKUNFT	37
31. DEMOGRAFIE TRIFFT AUF DIGITALEN WANDEL	38
32. NUR STARKE KOMMUNEN SICHERN GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE	39
33. KREATIVE UND LEBENDIGE KOMMUNEN – HIER LEBT GEMEINSINN	40
34. POLIZEI FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER – BÜRGERPOLIZEI	41
35. FEUERWEHR UND RETTUNGSKRÄFTE – RETTER IN DER NOT	42
36. PRÄVENTION – KAMPF GEGEN EXTREMISMUS	42
37. RECHT UND JUSTIZ GARANTIEREN UNSERE FREIHEIT	43
38. VERBRAUCHERSCHUTZ STEHT FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT	44
39. GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN KONSEQUENT VORANTREIBEN	45
40. RHEINLAND-PFALZ STEHT FÜR DAS PRINZIP INKLUSION	47
41. VIELFALT IST EIN GEWINN FÜR ALLE	48
42. LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU – EINE WICHTIGE SÄULE UNSERER WIRTSCHAFT	49
43. NACHHALTIGKEIT IN NATUR- UND TIERSCHUTZ	50
44. SPORTLICHES RHEINLAND-PFALZ	52
45. KULTURLAND RHEINLAND-PFALZ	52
46. OFFENE UND TRANSPARENTE VERWALTUNG	54
47. MEDIENLAND RHEINLAND-PFALZ – KOMPETENT IN DIE ZUKUNFT	55
48. WIR HALTEN DIE SCHULDENBREMSE EIN UND KONSOLIDIEREN DEN HAUSHALT	56
49. VERANTWORTUNG FÜR EUROPA UND DIE EINE WELT	57
50. RHEINLAND-PFALZ: DIE MITMACH-DEMOKRATIE	58
V. WORAUF ES ANKOMMT	59

1 I. WIR IN RHEINLAND-PFALZ

2 In Rheinland-Pfalz zählen Zusammenhalt, Menschlichkeit und das gute Leben in einem
3 schönen Land. Rheinland-Pfalz ist geprägt von der Unterschiedlichkeit seiner Regionen, der
4 verschiedenen Dialekte, Traditionen und Bräuche. Und dennoch eint uns Rheinland-
5 Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ein Lebensgefühl. Wir packen an – und wir kommen
6 Schritt für Schritt voran.

7 Mit Tatkraft, Optimismus und klaren politischen Zielen haben wir es in den vergangenen
8 Jahrzehnten in die Spitzengruppe der Länder in Deutschland geschafft. Wir haben
9 wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbunden. Wir haben Vielfalt
10 und Weltoffenheit als Chance genutzt. Wir stehen gemeinsam mit den Menschen unseres
11 Landes für ein Rheinland-Pfalz-Gefühl, das Bodenständigkeit und Zukunftsoffenheit
12 miteinander verknüpft.

13 Unser Zusammenhalt im Land ist gerade in diesen Zeiten, die auch von Unsicherheiten
14 geprägt sind, von unschätzbarem Wert. Auch in Rheinland-Pfalz machen sich die
15 Menschen Gedanken über den Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland. Die Menschen
16 fragen sich, wie die Integration gut gelingen kann, und zeigen gleichzeitig durch ihre
17 enorme Hilfsbereitschaft ihre Aufgeschlossenheit und Solidarität. Zugleich müssen wir
18 unsere offene und demokratische Gesellschaft verteidigen und werden Terrorismus
19 bekämpfen.

20 Gerade in diesen Zeiten ist eine verlässliche Politik der Vernunft und Verantwortung
21 gefragt, die den Menschen Halt und Sicherheit gibt und die Aufgaben der Zeit gut und
22 pragmatisch löst.

23 Die Sozialdemokratie regiert unser Land seit Jahren erfolgreich und verlässlich, mit
24 Augenmaß und den richtigen Konzepten. Dabei haben wir immer das Wohl der gesamten
25 Gesellschaft im Blick.

26 So sind wir große Herausforderungen wie die Konversion und die Energiewende
27 angegangen und haben das bundesweit modernste Bildungssystem geschaffen. So wollen
28 wir mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer an der Spitze unser Land von morgen gestalten.

29 Die SPD ist in Rheinland-Pfalz die einzige Partei, die wirtschaftlichen Erfolg und sozialen
30 Zusammenhalt vereint. Sie ist die Partei, die für Aufstiegsmöglichkeiten steht, für Leistung
31 und für Chancengleichheit. Wir in Rheinland-Pfalz haben etwas geschaffen, was es so in
32 Deutschland kein zweites Mal gibt: Ein Erfolgsland mit Herz, Lebensfreude, Zusammenhalt
33 und Zukunft.

34 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, was Heimat bedeutet. Wir wissen
35 aber auch, dass es immer wieder darauf ankommt, unsere Heimat fit für die Zukunft zu
36 machen. Denn Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen, nach innen
37 wie nach außen. In unserer Gesellschaft darf niemand abgehängt und vergessen werden.
38 Aber wir sehen auch: Barbarei und Krieg sind noch nicht überwunden, die Krisen dieser
39 Welt wirken sich überall aus. Wegschauen löst kein Problem, im Gegenteil. Wir
40 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, engagiert und mit klarer
41 Haltung unser Land in dieser schwierigen Zeit weiter voranzubringen.

42 Eines ist klar: In Rheinland-Pfalz gelingt Zukunft nur, wenn wir den Zusammenhalt
43 erhalten und weiter stärken. Nur mit Zusammenhalt, Optimismus sowie mit unserer
44 Anpack- und Mitmach-Mentalität werden wir die Herausforderungen der Zukunft
45 meistern. Nur so gestalten wir den demografischen Wandel und die Digitalisierung. Nur so
46 schaffen wir weiter viele neue Arbeitsplätze. Nur so sichern wir dauerhaft die
47 Integrationskraft unseres Bildungswesens und sorgen für mehr Wohnungsbau. Nur so
48 gelingt es uns, gegenüber den vielen Flüchtlingen ein menschliches Gesicht zu zeigen und
49 sie in unser Miteinander einzubeziehen.

50 Wir wollen ein Land, in dem die Menschen sich wohlfühlen und in dem die Menschen sich
51 gemeinschaftlich engagieren. Denn unser lebenswertes Rheinland-Pfalz wird von den
52 Bürgerinnen und Bürgern geprägt. Sie reden und entscheiden mit, sie prägen unser Land.
53 Gemeinsam wollen wir auch in Zukunft gut leben und arbeiten in Rheinland-Pfalz.

54

55 **II. UNSER ERFOLGSLAND**

56 Wir sind stolz darauf, dass unser Land gleichermaßen für soziale Gerechtigkeit,
57 Modernität, wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt steht. Wir
58 sichern gute Arbeit und fördern unsere erfolgreiche Wirtschaft, wir kümmern uns um die
59 Familien und halten unsere Älteren mitten in der Gesellschaft; bei uns gibt es gute Bildung
60 für alle, Fortschritt und Innovation, wir stärken unseren ländlichen Raum und nutzen die
61 Chancen der Digitalisierung.

62 Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die SPD-geführte Landesregierung haben in der
63 vergangenen Legislaturperiode viel erreicht: Rheinland-Pfalz ist ein starkes, ein lebens-
64 und liebenswertes Land, das beste Zukunftsaussichten hat. Rheinland-Pfalz ist heute schon
65 Erfolgsland!

66 **Rheinland-Pfalz ist ein Bildungsland.** In Rheinland-Pfalz können sich alle Familien
67 darauf verlassen, dass ihre Kinder optimal gefördert werden. Durch Gebührenfreiheit von
68 der Kita bis zur Hochschule haben bei uns alle Kinder und Jugendlichen die besten
69 Chancen. Jede zweite Schule ist inzwischen eine Ganztagschule; damit bieten wir den
70 Schülerinnen und Schülern optimale Lernbedingungen und individuelle Förderung. Mit
71 unserer guten Unterrichtsversorgung, den kleinen Klassen und unseren jungen
72 Lehrerinnen und Lehrern sind wir bundesweit führend und sichern hohe Qualität.

73 Wir sind stolz, dass unsere Schülerinnen und Schüler bei Leistungsvergleichen regelmäßig
74 gut abschneiden. Kein anderes Bundesland hat eine höhere Quote der Drei- bis
75 Sechsjährigen, die eine Kita besuchen. Kein anderes westdeutsches Flächenland ist so
76 erfolgreich beim Ausbau der Kinderbetreuung der Unter-Dreijährigen. Und bei den Pro-
77 Kopf-Investitionen in die Kindertagesbetreuung sind wir bundesweit vorbildlich.

78 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Arbeit.** Wir sind stolz, dass in Rheinland-Pfalz
79 noch nie so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren wie heute. Die
80 Arbeitslosigkeit bei uns ist die drittniedrigste aller 16 Bundesländer. Dies sind auch Erfolge
81 sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik. Durch den Mindestlohn und das
82 Landestariftreuegesetz sorgen wir für gerechte Bezahlung und mit unserer
83 Fachkräftestrategie für mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

84 **Rheinland-Pfalz ist ein Familienland.** In Rheinland-Pfalz fühlen sich die Familien wohl –
85 durch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, vielfältige Freizeitmöglichkeiten und eine
86 hohe Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sind stolz, dass wir beim Ausbau der
87 Kinderbetreuung bundesweit eine Spitzenrolle innehaben und die Familien von
88 Bildungsgebühren für ihre Kinder entlasten. Kaum ein anderes Bundesland investiert
89 dabei so konsequent in Qualität, wie wir es tun.

90 **Rheinland-Pfalz ist ein Wirtschaftsland.** Rheinland-Pfalz ist eines der wirtschaftlich
91 erfolgreichsten Bundesländer: Wir sind einer der wichtigsten Industriestandorte in
92 Deutschland, haben einen kraftvollen Mittelstand, ein leistungsstarkes Handwerk und
93 kreative Start-ups. Die vielen Gründungen bei uns im Land und unsere hohe Exportquote
94 machen deutlich, dass wir zu den wettbewerbsfähigsten und innovativsten
95 Bundesländern gehören.

96 **Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land.** Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler
97 können in ihrem Bundesland mit dem guten Gefühl leben, dass für ihre Sicherheit gesorgt
98 ist. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Straftaten in Rheinland-Pfalz Jahr für
99 Jahr weiter gesunken. Zugleich können wir im zehnten Jahr in Folge auf eine
100 Aufklärungsquote von über 60 Prozent verweisen. Dies sind Werte, die nur wenige Länder

101 vorweisen können. Unsere Polizisten sind in der Lage, sich auf verändernde Lagebilder
102 einzustellen und so unser aller Sicherheit auch bei neuen Gefährdungslagen zu
103 gewährleisten.

104 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Pflege.** In Rheinland-Pfalz können sich die
105 Menschen darauf verlassen, dass sie im Alter gut gepflegt werden. Mit unseren
106 Pflegestützpunkten im ganzen Land, einer ergänzenden Beratungsinfrastruktur und der
107 bundesweit ersten Landespflegekammer schaffen wir dazu die Voraussetzungen. Unsere
108 Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat dafür 2015 den Deutschen Pflegepreis erhalten. In
109 Rheinland-Pfalz kümmern wir uns um unsere älteren Menschen und halten sie mitten in
110 unserer Gesellschaft – mit der Gemeindegewerkschaft Plus und gemeinschaftlichen
111 Wohnprojekten.

112 **Rheinland-Pfalz ist ein Zukunftsland.** Die Menschen in Rheinland-Pfalz gehen gerne mit
113 der Zeit – dies gilt auch für das Zeitalter der Digitalisierung. Wir sind stolz, dass wir als
114 Flächenland einen Spitzenplatz beim Ausbau von schnellem Internet haben. Mehr als
115 50.000 Lehrerinnen und Lehrer haben wir schon zur Nutzung digitaler Medien
116 weitergebildet, um unsere Kinder und Jugendlichen fit zu machen für den Umgang mit
117 den Neuen Medien.

118 **Rheinland-Pfalz ist das Land des Zusammenhalts.** In keinem anderen Land engagieren
119 sich mehr Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich, wie wir auch an der überwältigenden
120 Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge sehen können. Die Landesregierung würdigt dieses
121 Engagement mit der Landesehrenamtskarte. In Rheinland-Pfalz leben die Menschen nicht
122 nur gut, sondern auch sicher: In keinem anderen Bundesland ist das Sicherheitsgefühl so
123 hoch wie bei uns.

124

125 **III. WAS VOR UNS LIEGT**

126 In den nächsten Jahren wollen wir auf dem Erreichten aufbauen und unser Land noch
127 lebenswerter gestalten. Wir stehen dafür, dass der Zusammenhalt und die Werte unserer
128 offenen Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten gewahrt werden und die Menschen in
129 unserem Land weiter sicher leben können. Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz Spitze
130 bei der Integration ist und alle Menschen im Land die gleichen Chancen auf Bildung und
131 Teilhabe haben. Und wir stehen dafür, dass die Modernisierung unseres Landes
132 entschlossen, aber in sozialer Verantwortung weitergeht. Die Stärkung des
133 Zusammenhalts durch Integration und Inklusion, die Veränderung von Arbeiten und

134 Leben durch die Digitalisierung, die alternde Gesellschaft: All das braucht eine Politik, die
135 in schwierigen Zeiten rechtzeitig und mutig anpackt und einen klaren Kompass hat – in
136 Richtung Offenheit und soziale Gerechtigkeit. Die Weichen für eine gute Zukunft stellen
137 wir heute.

138 Wir fördern Familien und Kinder und investieren in Bildung für alle. Wir werden die
139 Qualität des Kita-Angebots weiter steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
140 weiter verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen Zugang zu bezahlbarem
141 Wohnraum behalten. Deshalb fördern wir im nächsten Schritt bereits für 2016 den Neubau
142 von 4.200 Wohnungen in Rheinland-Pfalz und werden danach den Wohnungsbau weiter
143 voranbringen und auf hohem Niveau verstetigen.

144 Für die konsequente Umsetzung des Mindestlohns werden wir sorgen sowie Leiharbeit
145 und Werkverträge besser regeln und dazu insbesondere auf Bundesebene das Gewicht des
146 Landes Rheinland-Pfalz einbringen. Ein auskömmlicher Mindestlohn gehört zu unserem
147 sozialdemokratischen Grundverständnis einer fairen Gesellschaft. Und im Arbeitsleben
148 darf es keinen Trend hin zu Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klasse geben. Wir sehen
149 in den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Leistungsträger unseres Landes und
150 unterstützen sie und die Gewerkschaften, wenn es um die Abwehr von Billiglöhnen oder
151 um Einschränkungen bei der Alterssicherung geht.

152 Wir stehen für soziale Gerechtigkeit: Ältere Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet
153 haben, müssen wirksamer vor Armut im Alter geschützt sein. Wir sehen in der
154 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum einen wichtigen Schwerpunkt der nächsten
155 Legislaturperiode. Denn es muss weiterhin gelten, dass bei uns alle Menschen am
156 medizinischen Fortschritt teilhaben und einen direkten medizinischen Ansprechpartner
157 haben können.

158 In den nächsten Jahrzehnten wird unser Land älter und bunter. Die Gesellschaft verändert
159 sich dadurch. Wir wollen diese Veränderung aktiv gestalten und dabei für sozialen
160 Ausgleich, für Menschlichkeit und Gerechtigkeit sorgen. Zudem revolutioniert die
161 Digitalisierung unseren Alltag und die Art und Weise, wie wir lernen, arbeiten und
162 produzieren. Wir wollen im nächsten Schritt die Breitbandversorgung überall im Land mit
163 mindestens 50 MBit/s bis 2018 sicherstellen, damit alle Regionen Zugang zu schnellem
164 Internet haben. Das ist die entscheidende Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe
165 und für gleiche wirtschaftliche Chancen.

166 Gemeinsam mit unserer Wirtschaft sichern wir den Wohlstand der Zukunft. Unsere Politik
167 richtet sich an unseren erfolgreichen Mittelstand, unser leistungsfähiges Handwerk,
168 unsere international führende Industrie und unsere innovativen Start-ups.

169 Rheinland-Pfalz wird außerdem die von Ministerpräsidentin Malu Dreyer erreichte
170 kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und
171 Sozialverbänden zu den zentralen Zukunftsthemen ausbauen und verstetigen.

172 Wir leben in Zeiten, die entschlossene Gesellschaftspolitik notwendig machen. Dabei geht
173 es darum, die Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen in unserem Land gute
174 Zukunftschancen haben und alle am Zusammenleben teilhaben. Im Mittelpunkt steht für
175 uns deshalb die Frage: Wie halten wir unsere Gesellschaft und Europa zusammen? Wie
176 gelingt zu Hause und europaweit Integration? Welches Gesicht erhält unsere Gesellschaft?
177 Da waren die Erfahrungen in den vergangenen Jahren oft ernüchternd, denn Europa wird
178 seinen Werten häufig nicht gerecht. Nationale Egoismen und Interessen haben immer
179 wieder die Oberhand bekommen.

180 Das zeigt: Auf unsere Haltung kommt es an – und auf die Bereitschaft zum
181 nachbarschaftlichen Zusammenleben. Gerade wir in Rheinland-Pfalz wissen aus unserer
182 eigenen Geschichte, was es bedeutet, in Zeiten nationaler Egoismen in einer Grenzregion
183 zu leben. Und wir wissen aus den vergangenen Jahrzehnten, wie viel Fortschritt und
184 Freiheit offene Grenzen mit sich bringen. Dass die ehemalige Grenzregion zwischen
185 Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland heute so attraktiv und lebenswert ist,
186 sehen wir als Bestätigung und Auftrag zugleich.

187 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen für ein Rheinland-Pfalz, das seine
188 Weltoffenheit als große Zukunftschance versteht und allen entschieden entgegentritt, die
189 Ressentiments schüren oder sogar Hass predigen. Wir erwarten aber auch von der
190 Bundesregierung und der Europäischen Union, dass der Prozess der europäischen Einigung
191 gerade jetzt vorangetrieben und nicht zurückgedreht wird. Wir brauchen mehr Europa und
192 ein entschlosseneres Europa, das seiner internationalen Verantwortung nicht ausweicht.
193 Dazu zählt auch mehr Unterstützung für internationale Hilfsorganisationen und
194 insbesondere eine faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas.

195 Wir leben in Zeiten, in denen es auf die Verteidigung und Stärkung unserer Werte
196 ankommt. Es geht dabei immer auch um Offenheit für das Zusammenleben über
197 nationale, kulturelle und religiöse Unterschiede hinweg – auf der Basis unseres liberalen
198 Wertesystems und unseres Grundgesetzes. Die SPD hatte maßgeblichen Anteil daran, dass
199 sich unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten in vielerlei Hinsicht neu geöffnet
200 hat und Vorurteile gegen Minderheiten abgebaut wurden. Daran können wir jetzt
201 anknüpfen. In einer Enquete-Kommission wollen wir im Landtag und im Dialog mit allen
202 wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen über die neuen Herausforderungen bei der
203 Integration zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sprechen, damit
204 unser Land Rheinland-Pfalz auch in Zukunft stark ist durch seine Weltoffenheit und seinen

205 Zusammenhalt. Dabei werden wir mit innovativen Beteiligungsformen die gesamte
206 Gesellschaft in diese Zukunftsdiskussion einbinden.

207 Zugleich geht es im Alltag aber auch um engagierten Pragmatismus, um praktisches
208 Handeln zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Die SPD in Rheinland-Pfalz
209 steht für einen Kurs, der auf die schwer vorhersehbare Entwicklung der Flüchtlingszahlen
210 vernünftig und mit Augenmaß reagiert, ohne populistische Scheindebatten und mit Blick
211 auf das Machbare. Unser Land beweist dabei auch in schwierigen Situationen bei der
212 Flüchtlingsunterbringung immer wieder seine Bereitschaft zum Anpacken und zur
213 Solidarität. Tausende Freiwillige helfen hier bei der Versorgung der Flüchtlinge. Ihnen
214 gelten ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden unser Dank
215 und unsere Anerkennung, denn ohne ihren unermüdlichen Einsatz könnten wir die
216 gewaltige Aufgabe nicht schultern.

217 Unsere Gesellschaft wird sich über die Flüchtlingspolitik nicht entzweien. Klar ist aber
218 auch: Es gibt eine Kultur von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten, die
219 wir nicht aufgeben werden. Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, dass die
220 Menschen, die zu uns kommen, die deutsche Sprache erlernen. Grundprinzipien unseres
221 Zusammenlebens, wie sie in unserem Grundgesetz stehen, müssen alle einhalten. Dazu
222 gehört, dass Religion nicht über dem Gesetz steht, Frauen und Männer gleichberechtigt
223 sind, Homosexualität offen gelebt werden kann und der Staat das Gewaltmonopol hat.

224 Wer die Interessen der einen gegen die der anderen ausspielt, der setzt den Zusammenhalt
225 unserer Gesellschaft aufs Spiel. Das war immer schon so, und deshalb gibt es für uns auch
226 jetzt nur eine klare Antwort: Wir werden es nicht hinnehmen, dass Flüchtlinge gegen
227 Arbeitslose ausgespielt werden. Wir werden nicht Muslime gegen andere Religionsgemein-
228 schaften ausspielen. Wir werden nicht alte gegen neue Wohnungsmieter ausspielen. Uns
229 geht es darum, dass neues Zusammenleben gelingt. Für all das hat Malu Dreyer einen
230 Zukunftspakt für Deutschland vorgestellt. Bund, Länder und Kommunen müssen an einem
231 Strang ziehen, um die Kräfte zu bündeln und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft
232 Integration gelingen zu lassen. Rheinland-Pfalz wird diese Zusammenarbeit unter unserer
233 Führung vorantreiben.

234 Die Vorstellung aktiver und selbstbewusster Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist im
235 sozialdemokratischen Politikverständnis tief verankert. Die Sozialdemokratie hat über 150
236 Jahre immer neue Wege gesucht, für alle Menschen die Teilhabe am Haben und Sagen zu
237 ermöglichen. Das fing an mit der Frage der Zugänge zu den wirtschaftlichen Ressourcen,
238 der immer aktuellen Frage des Aufstiegs durch Bildung und erweitert sich in der
239 Wissensgesellschaft um die Zugänge zur Information.

240 Teilhabe am Haben und Sagen ermöglichen: Darum geht es auch jetzt wieder. Wir stehen
241 für eine Gesellschaft, die jeden Menschen wertschätzt. Das kann nur miteinander und
242 nicht gegeneinander gelingen. Die SPD ist Expertin dafür.

243 Die SPD möchte Rheinland-Pfalz in eine gute Zukunft führen – mit Offenheit, mit Klarheit,
244 mit der Ausdauer und Freude daran, für Lösungen einzutreten, die alle mitnehmen. Ob
245 Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Familie, Gesundheit und Pflege, Demografie und
246 Digitalisierung. Mit diesem Programm zeigen wir, wie wir unsere Zukunft gestalten
247 wollen. Wir haben Lust auf Zukunft!

248

249 **IV. 50 GUTE ARGUMENTE FÜR DIE SPD**

250 **1. RHEINLAND-PFALZ BIETET, WONACH FAMILIEN SUCHEN**

251 Familien sind der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wissen, dass Familien sehr
252 unterschiedlich sein können. Verschiedene Lebensgemeinschaften, mit oder ohne Kinder,
253 stehen nebeneinander: sei es die „traditionelle“ Ehe, die gleichgeschlechtliche
254 Partnerschaft, die Regenbogen- oder Patchwork-Familie oder Alleinerziehende. Das alles ist
255 Familie.

256 Heute ist es für Eltern nicht leicht, die eigene Arbeit mit der Erziehung der Kinder und
257 oftmals noch der Pflege von Angehörigen zu vereinen. Wir möchten, dass beide Elternteile
258 partnerschaftlich Beruf und Familie nach ihren Vorstellungen vereinbaren können, auch
259 weil sie die Gewissheit haben, dass ihre Kinder gute Bildung, Erziehung und Betreuung
260 und Freizeitmöglichkeiten erhalten. In unserer alternden Gesellschaft wird zudem die
261 Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ein immer wichtigeres Thema. Wir möchten aber auch
262 Mut machen zur Familiengründung. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder
263 und Jugendliche bringen Freude und positive Impulse in unser heutiges Leben.

264 Beim Ausbau von Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung steht Rheinland-Pfalz
265 bundesweit an der Spitze. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, die Qualität der
266 Einrichtungen weiter steigern und sie den Bedürfnissen der Kinder und der Familien
267 anpassen. Zu einem familiengerechten Rheinland-Pfalz gehören für uns der Ausbau von
268 Kindertagesstätten, die bedarfsgerechte Einrichtung von Betriebskindertagesstätten sowie
269 der Erhalt und Ausbau von niedrigschwelligen Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche dazu.
270 Die stetige Verbesserung der Qualität der Einrichtungen werden wir gemeinsam mit den
271 Kommunen vorantreiben. Wir unterstützen das Fachpersonal, das Anspruch auf gute und
272 gerecht bezahlte Arbeit hat.

273 Unsere Arbeits- und Berufswelt macht es notwendig, dass unsere Einrichtungen nicht nur
274 weiter ausgebaut, sondern auch flexibler gestaltet werden. Wir wollen die schrittweise
275 Einführung einer Betreuungsgarantie an den Grundschulen und den Ausbau der
276 Ferienbetreuung für Schulkinder. Betreuungsgarantie heißt, dass Eltern sich auf die
277 bedarfsgerechte Betreuung ihrer Grundschul Kinder über die Unterrichtszeit hinaus
278 verlassen können. Wir werden außerdem die Ferienbetreuungsangebote für Schulkinder
279 deutlich ausweiten und damit Familien insbesondere während der großen Schulferien im
280 Sommer unterstützen.

281 Damit alle Familien in Rheinland-Pfalz Ferienbetreuungsprogramme vor Ort in Anspruch
282 nehmen können, wollen wir die Landesmittel für öffentliche und freie Träger von
283 entsprechenden Angeboten auf eine Million Euro erhöhen und damit mehr als
284 verdreifachen. Familienunterstützende Maßnahmen, die besonders auch Familien in
285 schwierigen Lebenslagen helfen, werden wir weiterentwickeln.

286 Wir wollen, dass sich der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz zum familienfreundlichsten
287 Arbeitgeber weiterentwickelt. Dazu werden wir den Beschäftigten des Landes schrittweise
288 ein beitragsfreies Vermittlungsangebot für vorhandene Kinderbetreuungs- und
289 Pflegeangebote unterbreiten. Auch halten wir die Einführung von Familientagen, die
290 Flexibilisierung des Freistellungsjahres, Familienarbeitszeitkonten und die
291 Berücksichtigung während der Familienzeit gesammelter Erfahrungen bei Einstellung für
292 wünschenswert.

293 Wir wollen, dass generationenübergreifende Familienpolitik überall in Rheinland-
294 Pfalzeine zentrale Rolle spielt. Insbesondere die Häuser der Familie sind hier zu nennen.
295 Insgesamt 42 Häuser der Familie sind inzwischen als zertifizierte Angebote in allen
296 rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert und damit ein
297 wichtiges Element der familienunterstützenden Infrastruktur in den Kommunen. Sie sind
298 Orte der intergenerationellen Begegnung und der verschiedensten Angebote für alle
299 Generationen.

300 Wir setzen uns dafür ein, dass die Familien in Deutschland finanziell gestärkt werden.
301 Kinder dürfen kein Armutsrisiko bedeuten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den
302 alleinerziehenden Müttern und Vätern. Gerade bei ihnen ist die Armutsgefährdung
303 besonders hoch. Wir begrüßen die in diesem Jahr vollzogene Erhöhung des steuerlichen
304 Entlastungsbetrags für Alleinerziehende, für die auch wir uns eingesetzt haben. In der
305 kommenden Legislaturperiode wollen wir uns im Bundesrat für die steuerliche Entlastung
306 aller Familien einsetzen und erreichen, dass das Ehegattensplitting zu einem
307 Familientarifsplitting weiterentwickelt wird. Zudem wollen wir das Kindergeld für das
308 dritte und jedes weitere Kind erhöhen.

309

2. GEBÜHRENFREIE BILDUNG VON ANFANG AN

310 Gebührenfreie Bildung ist Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Mit uns
311 haben alle Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz die gleichen Chancen und werden
312 individuell gefördert. Wir wissen, dass Bildung nicht nur zentrales Mittel ist, um soziale
313 Gerechtigkeit zu erreichen, sondern auch die beste Zukunftsinvestition.

314 Die Menschen in Rheinland-Pfalz können sich mit uns darauf verlassen: Bildung ist und
315 bleibt in unserem Land gebührenfrei. Wir sind stolz, dass Rheinland-Pfalz als einziges
316 Bundesland von der Kita ab dem zweiten Lebensjahr bis zur Hochschule allen Familien,
317 ihren Kindern und Jugendlichen gebührenfreie Bildung garantiert.

318 Wir wollen die Gebührenfreiheit schrittweise auf möglichst alle Bereiche der beruflichen
319 Bildung ausdehnen. Für die Altenpflegeausbildung ist es uns gelungen, die
320 Gebührenfreiheit durch ein Umlageverfahren zu ermöglichen. Dies streben wir auch in
321 anderen Berufsbildern des Gesundheitswesens an. Für uns ist klar: In einem sozial
322 gerechten und leistungsstarken Rheinland-Pfalz haben Gebühren und Beiträge keinen
323 Platz!

324

325

3. SCHULEN MIT KLEINEN KLASSEN UND AUSREICHEND PERSONAL

326 Unsere Schülerinnen und Schüler schneiden bei Leistungsvergleichen gut ab und liegen in
327 Ländervergleichen regelmäßig im oberen Drittel. Dies spornt uns an, die Qualität unseres
328 Bildungssystems – von der Kita bis zu den Hochschulen – weiter zu verbessern.

329 Unsere Schülerinnen und Schüler lernen unter guten Rahmenbedingungen. Wir sind das
330 Land der kleinen Klassen und der jüngsten Lehrerkollegien. Unsere Grundschülerinnen
331 und Grundschüler haben die kleinsten Klassen bundesweit. Auch in den weiterführenden
332 Schulen, vor allem in den fünften und sechsten Klassen, liegen wir im bundesweiten
333 Vergleich ganz weit vorne. Diesen Standard werden wir halten und die Qualität
334 weiterentwickeln.

335 Zentral ist für uns eine gute Unterrichtsversorgung. Das bedeutet, dass der
336 Pflichtunterricht abgedeckt wird und wir auch genügend Personal für Stunden mit
337 gezielter Förderung und weiteren Angeboten für unsere Schülerinnen und Schüler zur
338 Verfügung haben. Wir sind hier schon große Schritte vorangekommen. Künftig erreichen
339 wir eine 100-Prozent-Unterrichtsversorgung.

340

341

4. GUTE SCHULE DEN GANZEN TAG

342 Rheinland-Pfalz ist das Land der Ganztagschulen. Bei uns ist schon jetzt mehr als jede
343 zweite Schule eine Ganztagschule. Damit garantieren wir jedem Kind einen
344 Ganztagschulplatz in erreichbarer Nähe und ermöglichen es den Eltern, Beruf und Familie
345 besser zu vereinbaren. Wir wollen, dass es künftig mehr zusätzliche Betreuung vor und
346 nach der Ganztagschule sowie in den Ferien gibt, um den Familien weiter passgenaue
347 Angebote unterbreiten zu können. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Schulträgern die
348 bisherigen Konzepte weiterentwickeln.

349

350

5. BESTE FÖRDERUNG FÜR ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN

351 Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler so fördern, dass sie ihre Talente optimal
352 entfalten können, auch damit sie einen guten Schulabschluss mit direkter
353 Anschlussperspektive erreichen. Dafür spielen neben den Lehrkräften auch pädagogische
354 Fachkräfte und Angebote der schulpsychologischen Beratung und Unterstützung sowie der
355 Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle. Den schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit
356 wollen wir deshalb fortsetzen.

357 Durch frühzeitige Berufs- und Studienorientierung verbunden mit gezielter individueller
358 Förderung wollen wir erreichen, dass alle jungen Menschen in den Ausbildungsmarkt
359 integriert werden. Dazu dient auch die von uns gewollte Ausbildungsgarantie.

360 Bildung ist und bleibt für uns der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft, in der alle ihre
361 Chancen zu Teilhabe und Aufstieg bekommen. Unser Bildungssystem muss durchlässig
362 bleiben und den Wechsel zwischen den unterschiedlichen Bildungswegen ermöglichen,
363 um auf die individuellen Talente und Lebensentwicklungen flexibel eingehen zu können.
364 Durchlässigkeit, Aufstiegsorientierung und eine Kultur zweiter Chancen sind Eckpfeiler
365 unseres Bildungssystems. Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit des Bildungssystems
366 sind für uns zwei Seiten einer Medaille.

367 Wir bekennen uns zu einem inklusiven Bildungssystem und werden unsere
368 Anstrengungen verstärken, durch vielfältige Angebote die Talente der Schülerinnen und
369 Schüler noch besser entdecken und fördern zu können.

370 Wir haben das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern sowie
371 von Jugendlichen gesetzlich festgelegt. Die Eltern entscheiden bei uns nach eingehender
372 Beratung, ob ihr Kind eine Schwerpunkt- oder eine Förderschule besuchen soll. Wir wollen
373 das Angebot an Schwerpunktschulen bedarfsgerecht weiter ausbauen. Wir stellen

374 zusätzliches Fachpersonal zur Verfügung und bringen weitere Förder- und
375 Beratungszentren auf den Weg, die mit allen Schularten kooperieren und ihren
376 Sachverstand einbringen.

377 Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung, denn dies ist die Grundlage für
378 alle weiteren Bildungschancen. Angesichts der Zuwanderung wird dabei speziell die
379 Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund immer wichtiger. Wir wollen
380 sicherstellen, dass alle nach Rheinland-Pfalz kommenden Flüchtlingskinder von Beginn an
381 in der deutschen Sprache unterrichtet und möglichst schnell in den regulären
382 Schulunterricht integriert werden.

383 Kinder und Jugendliche sollen auch in ihrer Freizeit umfassende Angebote der sozialen
384 und politischen Bildung, der Freizeitgestaltung und des Austauschs mit Gleichaltrigen
385 wahrnehmen können. Wir unterstützen daher die hervorragende Arbeit der Träger der
386 Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit und ihre Strukturen. Die Förderung von
387 außerschulischen Bildungsangeboten für alle Kinder und Jugendliche liegt uns am Herzen.
388 Ende 2014 hat die SPD-geführte Landesregierung ihre Jugendstrategie vorgelegt. Wir
389 begreifen Jugendpolitik als eigenständiges, ressortübergreifendes und querschnitts-
390 orientiertes Politikfeld. Diesen Prozess werden wir mit den Partnerinnen und Partnern der
391 Jugendpolitik entschlossen fortsetzen.

392

393 **6. WIR MACHEN UNSERE KINDER FIT FÜR DIE ZUKUNFT**

394 Wir wollen, dass unsere Kinder als mündige, kritische und verantwortungsvolle Menschen
395 die Schule verlassen und sie deshalb verstärkt für ehrenamtliches Engagement motivieren.
396 Wir wollen, dass sie sich in unserer komplexen und global vernetzten Arbeitswelt und
397 Gesellschaft gut zurechtfinden. Deswegen ist ein kompetenter Umgang mit dem Internet
398 und den Neuen Medien unverzichtbar. Unser Programm „Medienkompetenz macht
399 Schule“ hat bereits Tausende Schülerinnen und Schüler erreicht und findet bundesweit
400 Beachtung. Schon jetzt erwerben viele Schülerinnen und Schüler ein Zertifikat für
401 Medienkompetenz. Wir wollen, dass in Zukunft alle Schülerinnen und Schüler bis zum
402 Abschluss der zehnten Klasse ein Medienkompetenz-Zertifikat erhalten.

403 Wir sehen es als unsere Aufgabe an, einen zukunftsweisenden und gleichberechtigten
404 Zugang zu Bildung und Erziehung zu garantieren. Dazu gehört auch, dass erfolgreiches
405 Lernen nur in einem angemessenen Umfeld erfolgen kann. Benötigt werden hier Gebäude
406 zum Wohlfühlen mit entsprechender Ausstattung.

407 Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, ihr Studium und den Berufsweg
408 vorbereiten. Deswegen arbeiten wir bei der Berufswahl- und Studienorientierung eng mit
409 unseren Hochschulen, der Bundesagentur für Arbeit und den Handwerks- sowie den
410 Industrie- und Handelskammern zusammen und werden in Zukunft die Gewerkschaft als
411 kompetente Expertinnen und Experten mit ins Boot holen. Wir haben mit ihnen 2015 das
412 Projekt „Kompetent in eigener Sache“ gestartet und für alle weiterbildenden Schulen einen
413 verbindlichen Tag der Berufs- und Studienorientierung etabliert. Damit informieren wir
414 alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht über Studienmöglichkeiten und
415 Karrierechancen im dualen System. Durch unsere externen Partner wird die
416 Netzwerkbildung in den Schulen gestärkt und die Eltern werden vorbildlich mit
417 einbezogen. Diese Arbeit werden wir weiter stärken. Damit gilt: Kein Abschluss ohne
418 Anschluss.

419

420 7. HOHE QUALITÄT IM STUDIUM

421 Auch an unseren Hochschulen gilt: Wir stehen für Qualität, Gebührenfreiheit und
422 Durchlässigkeit. Allgemeine Studiengebühren wird es mit uns nicht geben.

423 Heute gibt es 10.000 Studierende mehr an unseren rheinland-pfälzischen Hochschulen als
424 noch vor zehn Jahren, und dennoch ist die Betreuungsrelation günstiger geworden. Wir
425 wollen die guten Studienbedingungen und das Betreuungsverhältnis weiter verbessern.
426 Wir befürworten ein landesweites Semesterticket und unterstützen die
427 Studierendenvertretungen und Zweckverbände auf dem Weg dorthin.

428 Wir stehen für eine dauerhafte und verlässliche Grundfinanzierung unserer Hochschulen
429 und wollen ihre Autonomie und Gestaltungsfreiheit weiter stärken. Den gestiegenen
430 Studierendenzahlen werden wir bei der Fortsetzung des Hochschulpakts Rechnung tragen.

431 Wir sind das Land der Meister und Master und brauchen auch Meister mit Master.
432 Deswegen haben wir unsere Hochschulen für beruflich Qualifizierte geöffnet. Die
433 Entscheidung für die berufliche Bildung ist bei uns somit keine Entscheidung mehr gegen
434 ein späteres Studium. Wir wollen den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte mit
435 einem Studienangebot öffnen, das ihren Bedürfnissen entspricht.

436 Durch berufsbegleitende Studienangebote wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und
437 Beruf weiter verbessern.

438

439

8. EXZELLENZ UND INNOVATION IN DER FORSCHUNG

440 In unseren Hochschulen wird die Zukunft erforscht, erdacht und gestaltet, und dabei
441 können die rheinland-pfälzischen Hochschulen im nationalen und internationalen
442 Vergleich gut bestehen.

443 Wir investieren mehr als eine Milliarde Euro im Jahr in unsere Hochschulen. Allein mit der
444 Forschungsinitiative wurde die Grundlagenforschung in den letzten vier Jahren mit 160
445 Millionen Euro gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, indem wir durch gezielte
446 Programme die Profilierung unserer Hochschulen und ihre Vernetzung mit den
447 leistungsstarken außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter voranbringen.

448 Die Universitätsmedizin in Mainz werden wir weiter mit gezielten Investitionen
449 unterstützen und so Forschung, Lehre und Krankenversorgung auf höchstem Niveau
450 ermöglichen.

451 Wir werden auch in Zukunft die Wissenschaftsallianzen fördern und die Zusammenarbeit
452 von Hochschulen mit Wirtschaft und Gesellschaft weiter vertiefen. Großes Potenzial sehen
453 wir auch in der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Kommunen.
454 Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen genutzt werden, denn sie können die
455 Lebensqualität in den Kommunen ganz praktisch verbessern. Wir setzen uns für
456 entsprechende Initiativen ein, die die Zusammenarbeit beider Akteurinnen aufbauen und
457 modellhaft erproben. Den erfolgreichen Weg des Auf- und Ausbaus von Netzwerken und
458 Clustern sowie der Ansiedlung neuer Forschungsinstitute werden wir fortsetzen.

459

460

9. PERSPEKTIVEN FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS

461 Damit unsere Hochschulen weiter erfolgreich und leistungsfähig sind, müssen wir heute
462 wissenschaftlichen Nachwuchs gewinnen. Wir wollen gerade jungen
463 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gute und dauerhafte Perspektiven bieten.
464 Dazu schaffen wir neue Arbeitsplätze und erhöhen den Anteil von dauerhafter
465 Beschäftigung beim wissenschaftlichen Nachwuchs. An den Universitäten werden wir
466 verstärkt sogenannte Tenure-Track-Positionen schaffen. Damit bekommen junge
467 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon zum Zeitpunkt der Berufung die
468 Zusicherung auf eine Dauerstelle, wenn ihre Tätigkeit positiv bewertet wird. So eröffnen
469 wir frühzeitig planbare Karrierewege.

470

471

10. GESUNDHEIT UND PFLEGE: WIR SICHERN DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG

472 Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung für die Menschen in Rheinland-Pfalz ist
473 auf einem hohen Niveau und wohnortnah erreichbar. In den Städten, ihren
474 Einzugsgebieten und den Mittelzentren ist eine umfassende Versorgung mit Gesundheits-
475 und Pflegedienstleistungen bereits zukunftsfest. Vor allem im ländlichen Raum sind in den
476 kommenden Jahren zusätzliche Maßnahmen notwendig, weil diese Regionen oft
477 besonders von der Alterung der Gesellschaft und vom Bevölkerungsrückgang betroffen
478 sind. Deshalb wird das Modell der Gesundheitszentren, wie es der Sachverständigenrat im
479 Gesundheitswesen unterstützt, gefördert und umgesetzt. Unser Ziel ist, dass auch in
480 Zukunft alle Menschen in Rheinland-Pfalz, egal ob Jung oder Alt, mit oder ohne Handicap,
481 ob auf dem Land oder in der Stadt, eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung
482 durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und weitere
483 Gesundheitsfachberufe sowie pflegerische Angebote haben. Ein wichtiges Anliegen ist der
484 Ausbau der Altersmedizin und Alterspsychologie. Hier können hochbetagte Menschen die
485 gesundheitliche, pflegerische und rehabilitative Behandlung erhalten, die ihnen mehr
486 Gesundheit und Lebensqualität ermöglicht.

487 Wir setzen uns zudem für eine umfassende Prävention körperlicher und psychischer
488 Erkrankungen ein. Wir fördern Früherkennungsmaßnahmen bei Kindern und
489 Jugendlichen sowie den Arbeitsschutz, aber auch Unterstützungsprogramme für
490 individuelle Verhaltensänderungen wie Bündnisse gegen Depression und sportliche
491 Aktionstage zur psychischen Prävention.

492 Bei den Krankenhäusern kommt es stets auf eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der
493 Kapazitäten und der Qualität an. Rheinland-Pfalz hat ein hervorragendes
494 Versorgungsniveau, und wir haben gleichzeitig verhindert, dass dabei ländliche Regionen
495 abgehängt werden. Unser Ziel ist es, diesen Standard zu sichern und den Krankenhausplan
496 fortzuschreiben. Damit die Gesundheitsversorgung für alle Menschen bezahlbar bleibt und
497 die Kosten fair verteilt werden, setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für die
498 Einführung der Bürgerversicherung ein.

499 Um insbesondere die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in den ländlichen
500 Räumen zu sichern, werden wir das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“
501 weiterführen. In Rheinland-Pfalz werden bereits neue Versorgungsmodelle im ländlichen
502 Raum geschaffen und die Vorteile der Telematik genutzt. Auch kleine ortsnahe
503 Krankenhäuser sind ein wichtiger Bestandteil einer guten und regionalen
504 Gesundheitsversorgung; gemeinsam mit den Krankenhausträgern werden wir Strukturen
505 schaffen, um sie auch in Zukunft zu sichern. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind

506 ebenfalls ein guter Weg zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.
507 Gerade in Regionen mit geringer Bevölkerungszahl können zudem Zweig- und Filialpraxen
508 mögliche Lücken schließen. Dies werden wir unterstützen.

509 Um die freie Wahl von Art und Ort der Geburt zu erhalten, muss die Versorgung durch
510 Hebammen gewährleistet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere
511 freiberufliche Hebammen von ihrem Beruf auch leben können, und unterstützen sie bei
512 ihren Verhandlungen mit den Versicherungen.

513 Wir möchten, dass die Menschen auf ihrem letzten Lebensabschnitt gut versorgt sind und
514 ihre Schmerzen gelindert werden. Rheinland-Pfalz hat deswegen als eines der ersten
515 Bundesländer die Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen
516 unterzeichnet. Damit wir sterbenden Menschen am Lebensende die Begleitung anbieten
517 können, die sie benötigen, fördern wir die Hospiz- und Palliativversorgung. Besonders
518 wichtig sind uns dabei die ambulanten Dienste, damit dem Wunsch vieler Menschen
519 entsprochen werden kann, an ihrem Lebensende in vertrauter Umgebung zu bleiben.

520

521 **11. HAUSÄRZTINNEN UND -ÄRZTE BLEIBEN DIE ERSTEN ANSPRECHPARTNER**

522 Wir möchten, dass auch in Zukunft die Menschen in Rheinland-Pfalz sicher sein können,
523 dass es eine Hausärztin oder einen Hausarzt in ihrer Nähe gibt. Schließlich sind diese für
524 die meisten Patientinnen und Patienten erster Ansprechpartner, Vertrauensperson und
525 gleichermaßen Lotse im Gesundheitssystem. Das soll auch so bleiben. In den kommenden
526 Jahren werden viele Hausärzte in den Ruhestand gehen. Deswegen wollen wir in
527 Abstimmung mit den Akteuren im Gesundheitswesen zielgerichtete Maßnahmen gerade
528 für jüngere Hausärztinnen und Hausärzte schaffen, sich in Rheinland-Pfalz niederzulassen
529 oder eine angestellte Tätigkeit aufzunehmen.

530 Ein wichtiger Erfolg ist für uns die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an
531 der Universitätsmedizin Mainz. Wir werden den „Masterplan zur Stärkung der
532 ambulanten hausärztlichen Versorgung“ gemeinsam mit unseren Partnerinnen und
533 Partnern weiter umsetzen und den Landeszuspruch zur Niederlassung von Hausärztinnen
534 und -ärzten in gering versorgten, meist ländlichen Gebieten fortführen und nach
535 Möglichkeit erhöhen. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit wir Medizinstudierende
536 fördern können, die zusagen, dass sie nach ihrem Studium eine mindestens fünfjährige
537 Tätigkeit als Hausarzt oder Hausärztin aufnehmen.

538 Wir werden gezielt Arztpraxen an angestellte Ärztinnen und Ärzte vermieten. Damit
539 können wir eine angestrebte Selbstständigkeit der Hausärztinnen und -ärzte nach der

540 Anstellung fördern. Wir wollen neue, attraktive Arbeitsformen gerade für junge Ärztinnen
541 und Ärzte unterstützen, die es ihnen erlauben, Familie und Beruf besser zu vereinbaren
542 und ihre Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

543 Wir wollen, dass qualifizierten medizinischen Fachkräften mehr ärztliche Aufgaben
544 übertragen werden können, um Hausärztinnen und -ärzte zu entlasten. Deswegen wollen
545 wir Delegationsprojekte – beispielsweise durch Versorgungsassistentinnen und
546 -assistenten in Hausarztpraxen – ausbauen.

547

548 12. GUTE PFLEGE IST EIN GRUNDRECHT – GUTE RENTEN VERHINDERN

549 ALTERSARMUT

550 In Rheinland-Pfalz sollen die Menschen im Alter gut versorgt sein. Dafür stehen unsere
551 Pflegestützpunkte im ganzen Land, die ambulanten und stationären Pflegedienste und
552 unsere GemeindeschwesterPlus. Auch dafür wurde Ministerpräsidentin Malu Dreyer 2015
553 der Deutsche Pflegepreis verliehen. Die meisten Menschen werden heute weit älter als die
554 Generationen vor uns. Das ist für uns alle ein großes Glück. Nicht jeder und jede wird dabei
555 auf Pflege angewiesen sein. Dennoch wird der Unterstützungs- und Pflegebedarf steigen.
556 Gute Pflege ist für uns eine Grundpflicht der Gesellschaft und ein Grundrecht jedes
557 Menschen.

558 Dieses Grundrecht muss für die Zukunft gesichert werden. Wir werden die ambulante
559 Pflege weiter stärken. Schließlich möchten die meisten Menschen am liebsten zu Hause
560 gepflegt werden. Wir werden uns für eine stärkere Kooperation und Arbeitsteilung in der
561 medizinischen und pflegerischen Versorgung einsetzen. Die Medizinischen
562 Versorgungszentren werden wir dazu um die Zuständigkeit für die Pflege erweitern.

563 Wir werden gemeinsam mit den Pflegekassen und den Kommunen die Pflegeinfrastruktur
564 vor Ort weiterentwickeln. Unsere Pflegestützpunkte und die Beratungs- und
565 Koordinierungsarbeit in den Quartieren sind ein wichtiges Rückgrat, sie wollen wir
566 stärken. Die Tagespflege zur Entlastung der Angehörigen und zur Stärkung der Teilhabe
567 der Menschen mit Pflegebedarf wollen wir weiter ausbauen.

568 Wir wollen die stationären Pflegeeinrichtungen gemeinsam mit den Trägern
569 weiterentwickeln, um neue Versorgungs- und Betreuungskonzepte, die vielfach erprobt
570 wurden, nutzen zu können. Mit der Reform des Landeswohnformen- und Teilhabegesetzes
571 haben wir bereits einen Mentalitätswechsel angestoßen, der weitergehen muss.

572 Mit unseren Pflege-Strukturen sind wir heute schon bundesweit spitze. Wir wollen aber,
573 dass alle Menschen, wenn der Pflegefall eintritt, schnell ihren Anspruch auf gute Pflege
574 umsetzen können. Schließen haben viele Menschen Sorge, was passiert, wenn sie selber,
575 ihre Partnerin, ihr Partner oder ihre Eltern von einem Tag auf den anderen pflegebedürftig
576 werden. Vieles muss entschieden und organisiert werden. Dazu haben die meisten weder
577 das Wissen noch die Zeit.

578 Künftig soll in Rheinland-Pfalz jeder ältere Mensch, jeder Sohn, jede Tochter die Sicherheit
579 haben: Wenn Pflegebedürftigkeit in der Familie eintritt, bekommen sie einen Helfer zur
580 Seite gestellt: Sie haben Anspruch auf einen Persönlichen Pflege-Manager.

581 Dieses Versprechen werden wir umsetzen, indem wir unsere Pflegestützpunkte aufwerten.
582 Sie bekommen mehr Personal und mehr Kompetenzen. Die Menschen, die dort arbeiten,
583 werden zu Persönlichen Pflege-Managern. Wenn ein Pflegefall eintritt, kommen sie und
584 besprechen, was zu tun ist. Sie sind Pflege-Expertinnen und -Experten und kennen die
585 Verhältnisse vor Ort, die Ansprechpartnerinnen und -partner und die richtigen Wege.
586 Menschen, die Pflege brauchen, können ihnen Kompetenzen übertragen, alles Notwendige
587 zügig zu regeln. Dies werden wir ab 2016 schrittweise umsetzen.

588 Menschen mit Demenzerkrankungen und ihre Angehörigen brauchen besondere
589 Aufmerksamkeit und Unterstützung. Wir werden deshalb die Empfehlungen des
590 Expertenforums Demenz bei uns im Land umsetzen. Dazu wollen wir unter anderem
591 Anreize schaffen, dass die unterschiedlichen Leistungsanbieter besser kooperieren können
592 und die Qualität ihre Arbeit noch weiter verbessert werden kann.

593 Damit die Menschen erst zu einem möglichst späten Zeitpunkt pflegebedürftig sind,
594 werden wir die präventive Arbeit stärken. Mit der GemeindegewerkschaftPlus haben wir ein
595 neues Angebot für hochbetagte Menschen geschaffen, die noch keine Pflege brauchen,
596 sondern Unterstützung und Beratung. Die GemeindegewerkschaftPlus kümmert sich um die
597 Menschen zu Hause und berät sie. Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

598 Die von Malu Dreyer geführte Landesregierung wird auf Bundesebene auch darauf
599 drängen, dass die soziale Absicherung von Kleinstrentnerinnen und -rentnern endlich
600 verbessert und Altersarmut so vermieden wird. Die Koalition im Bund hat sich das
601 vorgenommen, aber CDU und CSU blockieren bisher die Umsetzung der Solidarrente. Wir
602 halten es für dringend notwendig, die soziale Grundsicherung für alle Älteren mit
603 langjähriger Berufstätigkeit auszubauen, ohne dabei aber das Beitragsprinzip der
604 Rentenversicherung auszuhöhlen.

605

606

13. GUTE LÖHNE FÜR FACHKRÄFTE IN SOZIALEN BERUFEN

607 Gute Pflege und gute medizinische Versorgung brauchen qualifizierte Fachkräfte. Unsere
608 Pflegekräfte, die Krankenschwestern, Physiotherapeuten und alle anderen Beschäftigten
609 in den Gesundheitsberufen leisten einen Knochenjob. Dafür brauchen sie nicht nur unsere
610 Anerkennung, sondern sie haben einen Anspruch auf gute und gerecht bezahlte Arbeit.
611 Nur wenn wir ausreichend Fachkräfte in diesen Berufen haben, werden wir in Zukunft
612 flächendeckend gute Versorgungsangebote sichern können. Dafür werden wir sorgen.

613 Wir haben als erstes Bundesland eine Pflegekammer eingeführt. Damit haben wir eine
614 institutionalisierte Interessenvertretung für alle Pflegekräfte im Land geschaffen und sie
615 damit deutlich gestärkt.

616 Im Rahmen des Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege 2020“, der
617 Fachkräftestrategie sowie der Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege haben wir
618 wichtige Weichen gestellt. Diesen Weg werden wir fortführen. Wir werden uns weiter für
619 eine fachlich breite Ausbildung in der Pflege einsetzen. Um die Attraktivität des
620 Pflegeberufs weiter zu erhöhen, machen wir uns für eine zusätzliche duale
621 Pflegeausbildung stark.

622 Wir wissen, dass wir auch Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU benötigen, um den
623 künftigen Fachkräftebedarf in der Pflege zu decken. Diese Menschen wollen wir gut
624 integrieren und weiterqualifizieren, beispielsweise durch Sprachkurse und
625 Nachschulungsprogramme.

626 Im Interesse der Fachkräftesicherung wollen wir weiter am schrittweisen Aufbau der
627 Anzahl schulgeldfreier Physiotherapeutenschulen gemäß dem Ausbildungsstättenplan
628 arbeiten.

629

630

14. MEHR AUFMERKSAMKEIT FÜR WOHNEN IM ALTER

631 Die Menschen bleiben heutzutage auch im Alter länger vital und fit. Sie arbeiten,
632 engagieren sich und sind ein lebendiger Teil unserer Gesellschaft. Das ist ein großes Glück.
633 Wir möchten, dass sie möglichst lange selbstständig in ihrer eigenen Wohnung leben
634 können und nicht alleine sind. Schließlich wird die Zahl der Großfamilien geringer und
635 oftmals arbeiten und leben die Kinder weit entfernt.

636 Wir setzen hier auch auf neue Wohnformen wie Mehrgenerationenprojekte und Pflege-
637 Wohngruppen sowie auf die Förderung eines generationengerechten Wohnens. Gerade

638 dort, wo Menschen nicht mehr alleine in ihrer eigenen Wohnung leben können oder
639 wollen, können Wohngemeinschaften eine Alternative sein. Mit dem Programm
640 WohnPunkt unterstützt die Landesregierung bereits heute den Ausbau ambulanter
641 Wohngemeinschaften und die Bildung von Wohngenossenschaften, insbesondere in
642 kleinen Ortschaften. Dies wollen wir stärken. Außerdem wollen wir die bestehenden
643 Beratungsangebote zum barrierefreien Wohnen und zum PflegeWohnen noch stärker
644 aufeinander abstimmen.

645 Um die Nachbarschaften zu fördern, brauchen wir aktive Kommunen. Deshalb wollen wir
646 unsere Kommunen durch die Fortführung der Servicestelle „Kommunale
647 Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung“ unterstützen, zeitgemäße
648 Pflegestrukturen vor Ort zu schaffen und zu entwickeln.

649 Die Arbeit der Landesberatungsstelle „Neues Wohnen Rheinland-Pfalz“ leistet gute Arbeit
650 und muss diese verstärkt fortsetzen können. Auch die Fördermöglichkeiten für
651 gemeinschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen, Wohn-Pflege-
652 Gemeinschaften, Wohnen in aktiver Nachbarschaft sowie Wohnen mit Versorgungs-
653 sicherheit im Quartier werden wir weiterentwickeln.

654

655 **15. GUT UND BEZAHLBAR: WOHNEN IN RHEINLAND-PFALZ**

656 Der demografische Wandel beeinflusst die zukünftige Wohnsituation sowohl in
657 städtischen als auch in den ländlichen Regionen. Vor allem muss es in den Städten auch
658 mit geringeren Einkommen möglich sein, zur Miete zu wohnen. Deswegen setzen wir uns
659 für bezahlbare Mieten in den Ballungszentren ein. In Rheinland-Pfalz gelten die
660 Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze. In den eher ländlichen Gebieten sorgen wir
661 dafür, dass Wohnen dort weiterhin attraktiv bleibt. Wenn sich die Bevölkerungsstruktur
662 ändert, müssen wir dazu passende Wohnformen überall in Rheinland-Pfalz anbieten. Zum
663 anderen müssen wir aber auch – unter Wahrung der kommunalen Planungshoheit –
664 überall ausreichend bezahlbare Wohnangebote gerade für alle bereitstellen. Moderne
665 gemeinsame Wohnformen können dazu beitragen, dass Wohnen in Städten und den
666 ländlichen Regionen interessant bleibt. Mit dem Programm „Mehr Mitte bitte“ stärken wir
667 die Ortskerne.

668 Wir brauchen eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. Mit der Förderung von 4.200
669 neuen Wohnungen in unserem Land setzen wir bereits 2016 einen klaren Akzent. Diese
670 Politik werden wir ausbauen und verstetigen. Unsere Programme leisten einen flexiblen
671 Beitrag, indem sie den jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Zugleich muss beim

672 Wohnungsneubau angesichts einer älter werdenden Gesellschaft verstärkt auf
673 barrierefreie Wohnungsangebote gesetzt werden, die auch im kostengünstigen Segment
674 ausreichend angeboten werden müssen. Auch im privaten Wohnungsbau muss
675 Barrierefreiheit eine sehr viel stärkere Rolle spielen.

676

677 **16. RHEINLAND-PFALZ IST EINWANDERUNGSLAND**

678 Wir wollen die Chancen der Zuwanderung für Rheinland-Pfalz nutzen. Es sind
679 wirtschaftliche Chancen, denn wir brauchen auch Fachkräfte von außen. Es sind soziale
680 Chancen, denn in vielen Bereichen –insbesondere den Pflegeberufen – können Menschen
681 aus anderen Ländern mithelfen, unser Land zu gestalten. Es können sich aus der Öffnung
682 für das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Regionen aber auch kulturelle und
683 innovative Impulse entwickeln, die unsere Gesellschaft insgesamt zukunftsfähiger
684 machen.

685 Nicht alle, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen, haben ein Bleiberecht – und sie müssen
686 uns schnell wieder verlassen. Wir setzen dabei möglichst auf freiwillige Rückkehr in die
687 Herkunftsländer. Viele werden uns später wieder verlassen, wenn der Grund ihrer Flucht
688 weggefallen ist. Viele werden aber dauerhaft bleiben. Wir wollen auch für sie Rheinland-
689 Pfalz aktiv als ein attraktives Einwanderungsland gestalten.

690 Auf Landesebene haben wir durch die Schaffung eines eigenen Ministeriums die
691 administrativen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Aufenthalts- und
692 Einbürgerungsfragen sowie soziale Integration aus einer Hand gesteuert werden. Aber
693 Zuwanderung erfordert Regeln, insbesondere bei qualifizierten Fachkräften außerhalb der
694 Notaufnahme als Flüchtlinge. Wir haben daher eine Bundesratsinitiative für ein modernes
695 Einwanderungsrecht gestartet. Und wir wollen die Einbürgerung in Deutschland
696 erleichtern, denn viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind längst integriert, und sie
697 sollten dann auch in rechtlichem Sinne Deutsche werden. Die Einbürgerungskampagne
698 des Landes wollen wir fortsetzen.

699 Durch die mit den Industrie- und Handelskammern konzipierten und von diesen
700 betriebenen Welcome Centern ist ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung für
701 qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer erreicht. Wir wollen die Kommunen in
702 ihren Anstrengungen unterstützen, ihre Migrations- und Integrationspolitik im Sinne
703 einer kommunalen Willkommenskultur weiterzuentwickeln.

704 Um eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, beginnt das Land,
705 schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen die schulischen und beruflichen Kompetenzen

706 zu erfassen und die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten. Der von der
707 Landesregierung initiierte Beschäftigungspilot wird Flüchtlinge auch nach der Zuteilung
708 auf die Kommunen auf dem Weg in Ausbildung und Beruf begleiten. Wir möchten die
709 Integration in den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft auch dadurch unterstützen,
710 dass wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Vorrangprüfung für Personen mit
711 Duldung vollständig aufgehoben wird. Damit Asylbewerber ohne Status in
712 gemeinnütziger Arbeit in Kommunen leichter einsetzbar sind, werden wir zudem weitere
713 Betätigungsfelder prüfen.

714 Mit den Verabredungen am Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin ist Rheinland-Pfalz
715 Vorbildland für den Zukunftspakt für Deutschland. Beispielsweise gibt es bei uns eine
716 Chancengarantie für alle Asylsuchenden und Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive.
717 Somit ermöglichen wir allen eine berufliche Perspektive in unserem Land.

718 Zur interkulturellen Öffnung gehört es auch, dass der Anteil der Menschen mit
719 Migrationshintergrund in den öffentlichen Verwaltungen, in Schulen und bei der Polizei
720 deutlich erhöht wird. Um die politische Integration zu stärken, werden wir weiter für ein
721 kommunales Wahlrecht für alle eintreten, also auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -
722 Bürger.

723 Den Herkunftssprachenunterricht führen wir fort. Herkunftssprachen wichtiger
724 Migrant*innen-Communitys werden wir verstärkt als Fremdsprache in den Schulen anbieten.
725 Bildung und insbesondere Kenntnis um und Verständnis für andere Kulturen sind ein
726 Beitrag für eine zukunftsfähige und friedlichere internationale Gesellschaft.

727 Vorhandene Modellangebote zum islamischen Religionsunterricht werden wir in
728 Abstimmung mit den anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften stufenweise in
729 einen regulären islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht und mit in
730 Deutschland ausgebildeten Lehrkräften überführen. Den Dialog mit den muslimischen
731 Verbänden werden wir fortsetzen.

732

733 **17. HUMANE FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK**

734 Wir richten unsere Flüchtlings- und Asylpolitik an humanitären Gesichtspunkten aus. Für
735 die Lösung der humanitären Fragen der Flüchtlingspolitik brauchen wir eine
736 gesamteuropäische Konzeption. Dazu gehört auch ein System der Verteilung von
737 Flüchtlingen innerhalb möglichst aller europäischen Länder. Die vielfältigen außen-,
738 wirtschafts-, handels- und umweltpolitischen Fluchtursachen müssen international
739 bekämpft werden. Flüchtlinge und Asylsuchende, bei denen die Verfahren ergeben, dass

740 sie nicht in Deutschland bleiben können, müssen das Land verlassen. Wir setzen dabei
741 vorrangig auf freiwillige Rückkehr.

742 In Rheinland-Pfalz schaffen wir im Schulterschluss mit den Kommunen und mit den
743 zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen eine Atmosphäre des Willkommenseins und der
744 Unterstützung von Flüchtlingen. Wir helfen den Kommunen – von der
745 Wohnraumbeschaffung bis hin zur Unterstützung von Flüchtlingskindern in Kitas und
746 Schulen. Mit der landesweiten Koordinierungsstelle und zusätzlichen finanziellen Mitteln
747 haben wir die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen gestärkt. Mit der Abschaffung der
748 Residenzpflicht, dem starken Ausbau der Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen des
749 Landes, dem Aufbau von Sprachkursangeboten, der Ausweitung der Beratungsangebote
750 und dem Aufbau einer psychosozialen Beratung sind im Flüchtlingsbereich sehr wichtige
751 Maßnahmen ergriffen worden.

752 Durch die Einigung bei der Finanzierung von Aufnahme, Unterbringung und Betreuung
753 von Flüchtlingen besteht nun stärkere Planungssicherheit für die Kommunen.

754 Wir wollen, dass in Rheinland-Pfalz Integration gelingt. Deshalb werden wir alle
755 Hilfsmaßnahmen kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln. Wir werden Projekte
756 vorantreiben, die den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt verbessern. Das
757 verabschiedete Integrationskonzept der Landesregierung werden wir umsetzen und
758 weiterentwickeln. Mit der Erfassung der Qualifikationen von Asylsuchenden in den
759 Erstaufnahmeeinrichtungen und anschließenden Nachqualifikationen und
760 Sprachangeboten ist hier ein wichtiger Schritt gemacht worden. Wir setzen uns für ein
761 verbessertes Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ein, die hier eine Ausbildung beginnen.
762 Gesetzliche Regelungen sind gegebenenfalls zu flexibilisieren, damit eine zügige und
763 erfolgreiche Aufnahme und Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger gelingt.

764 Aktuell liegt zudem eine Herausforderung in der Schaffung eines ausreichenden Angebots
765 an Sprach- und Orientierungskursen für die große Zahl von Flüchtlingen, die nach
766 Rheinland-Pfalz gekommen sind und weiter kommen werden, um Menschen eine gute
767 Lebensperspektive in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen. Hierzu leisten die Volkshochschulen
768 und die freien Träger der Erwachsenenbildung bereits jetzt schon eine sehr wichtige und
769 gute Arbeit.

770 Bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte soll der Umgang mit traumatisierten
771 Kindern und Jugendlichen verstärkt thematisiert werden. Wir stellen sicher, dass die
772 etablierten Traumazentren dabei auch die Behandlung von Kindern und Jugendlichen
773 organisieren.

774

18. WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG GEMEINSAM SICHERN – INNOVATIONEN FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT

Der Erhalt und die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze ist ein grundlegendes Ziel der SPD in Rheinland-Pfalz. Wir stehen für gute Rahmenbedingungen und einen klaren Anspruch: Soziale Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft verbinden – gemeinsam mit den Sozialpartnern von Kammern, Verbänden und Gewerkschaften. Wirtschaft braucht dabei Regeln, aber keine überflüssigen. So sichern wir gute Arbeit und gute Bedingungen für die Unternehmen. Wir nehmen den Bürokratieabbau ernst. Welcome Center, Fachkräftestrategie, schnelle Genehmigungen, die Aufwertung der Innenstadtlagen, unsere Bemühungen für die Breitband- und Verkehrsinfrastruktur: Das alles sind Impulse für den Mittelstand.

Unser Ziel ist es, unnötige bürokratische Belastungen zu vermeiden, speziell für kleine und mittlere Betriebe. Mit dem neuen Mittelstandsförderungsgesetz haben wir dafür bereits die Grundlage gebildet. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und stellen noch mehr auf elektronische Verfahren um.

Wir wollen die Chancen durch neue technologische Entwicklungen und neu entstehende und sich verändernde Märkte nutzen. Innovationen von heute sind die ökonomischen Chancen von morgen. Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz führender Innovationsstandort bleibt und für die junge, internetaffine Gründerszene noch attraktiver wird („Start-up-Land“). Bei Neugründungen liegt unser Land unter den Flächenländern auf Platz eins. Mit einer Dachmarke „Gründerland Rheinland-Pfalz“ schaffen wir eine Werbemarke für alle gründungsrelevanten Initiativen. Technologiegründerinnen und -gründer sowie junge, innovative Unternehmen begleiten wir durch die Einrichtung von „Start-up-Lotsen“. Dabei gilt immer: Starke Industrie und junge, kreative Unternehmen sind kein Gegensatz. Sie stärken sich gegenseitig. Wir setzen deshalb auf die Zusammenarbeit zwischen unseren etablierten Unternehmen und den jungen Start-ups.

Bei unserer Wirtschaftsstruktur ist klar: Die Innovationsförderung ist auf die Situation von kleineren und mittleren Unternehmen zugeschnitten. Dazu gehört auch, Mittelstand und Handwerk bei ihren Betriebsübergaben zu unterstützen. Die Erbschaftsteuer muss so ausgestaltet werden, dass sie zu einer gerechten Finanzierung des Staates beiträgt. Gleichzeitig darf sie nicht zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen führen. Wir verstärken den Wissenstransfer. Gemeinsam mit den Handwerkskammern werden wir Angebote schaffen, die den Technologietransfer von den Hochschulen in die Handwerksbetriebe stärker fördern. In einem Netzwerk mit den Wirtschaftsverbänden und den wissenschaftlichen Einrichtungen werden wir die vorhandenen Technologiezentren des

810 Landes schwerpunktbezogen ausbauen. Transferbeauftragte verbinden Wissenschaft und
811 Wirtschaft. Zudem etablieren wir ein zentrales Innovationsportal als zentrale Anlaufstelle
812 im Internet.

813 Mit dem Aufbau eines landesweiten Kompetenzzentrums „Smart Services“ für
814 produktionsnahe Dienstleistungen zur Digitalisierung und eines landesweiten Netzwerks
815 „Handel Digital“ schaffen wir Angebote für mittelständische Handelsunternehmen und
816 Einzelhändler für die Herausforderung der digitalen Wirtschaft. Wir schaffen ein Netzwerk
817 Maschinenbau und Produktionstechnik und stärken somit diesen wichtigen Bereich
818 unserer Wirtschaft mit dem Ziel, den Leitmarkt des Maschinen- und Anlagenbaus in
819 Rheinland-Pfalz auszubauen.

820 Wir wollen jungen Unternehmen verstärkt den Zugang zu privatem Kapital ermöglichen
821 und dabei den rheinland-pfälzischen Mittelstand mit Unternehmensgründerinnen und -
822 gründern zusammenführen. Gründerinnen und Gründer sollen einen leichteren und
823 schnellen Zugang zu privaten Fonds und Finanzierungsmodellen (Business Angels,
824 Stiftungen, Crowdfunding-Modelle) bekommen. Eine Kontaktstelle bei der ISB soll
825 individuelle Unterstützung beim Kontakt zu etablierten Crowdfunding-Plattformen und
826 zu privaten Kapitalgebern aus dem In- und Ausland vermitteln. Zugleich wollen wir die bei
827 der ISB angesiedelten regionalen Wagniskapitalfonds (Venture Capital – VC) stärken.

828 Ergänzend wird sich Rheinland-Pfalz beim Bund für eine steuerliche Besserstellung von
829 privaten Investitionen in und die Beteiligung an Start-up-Unternehmen einsetzen. Unser
830 besonderes Augenmerk gilt dabei den Gründungen durch Frauen und solchen in den
831 strukturschwachen Regionen des Landes. Wir setzen beim Ausbau der Start-up-Förderung
832 auch auf die Kompetenzen und die Mittelstandsorientierung der rheinland-pfälzischen
833 Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Sie werden wir beim Aufbau von regionalen
834 Kompetenzstellen zur Entwicklung spezieller Innovationsbranchen wie der Digitalen
835 Wirtschaft oder der Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützen.

836

837 **19. DREI SÄULEN UNSERER WIRTSCHAFT: INDUSTRIE, MITTELSTAND, HANDWERK**

838 Die Industrie ist und bleibt zentraler Impulsgeber für den wirtschaftlichen Erfolg von
839 Rheinland-Pfalz. Wir stehen für eine aktive Industriepolitik. Wir werden den
840 Industriedialog fortsetzen und die Umsetzung der gemeinsam mit den Verbänden und
841 Gewerkschaften entwickelten Maßnahmenpakete mit Nachdruck betreiben. Gemeinsam
842 mit der Wirtschaft starten wir einen Dialog zur Digitalisierung und Industrie 4.0. Mit
843 landesweiten Anlaufstellen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) helfen wir bei der

844 Ausrichtung auf die digitalen Herausforderungen. Auf bestehende Angebote wollen wir
845 dabei aufbauen. Mit uns wird die IT-Sicherheitskampagne für KMU in Rheinland-Pfalz
846 fortgeführt.

847 Die Chemie- und Pharmaindustrie vernetzen wir durch einen Fachdialog. Wir entwickeln
848 ein Logistiknetzwerk. Die Logistik ist nicht nur ein Beschäftigungsfaktor, sondern auch ein
849 wichtiger Standortfaktor.

850 Wir stellen unsere Mittelstands- und Handwerksförderung in der nächsten
851 Legislaturperiode neu auf: Digitalisierung, Demografie, Energiewende und Globalisierung
852 – auf diese gesellschaftlichen Trends braucht es immer wieder neue Antworten, gerade im
853 Mittelstand. Unser Land ist wie kaum ein anderes durch erfolgreiche Mittelständler,
854 Selbstständige und Handwerksbetriebe geprägt – sie sind Rückgrat unseres
855 wirtschaftlichen Erfolgs, für gute Arbeit und Wohlstand mit Zukunft. Gemeinsam mit der
856 Wirtschaft entwickeln wir das Programm „Mittelstandsförderung 2020“. Wir setzen uns im
857 Handwerk dafür ein, dass der Bau und die Ausstattung überbetrieblicher
858 Lehrlingswerkstätten auch künftig den Erfordernissen entsprechen. Darüber hinaus
859 wollen wir die Existenzgründungen im Bereich des Handwerks – insbesondere von Frauen
860 – weiter unterstützen und Innovationen im Handwerk gezielt fördern.

861 Mit dem Schwerpunkt „Das Handwerk ist weiblich“ wollen wir vermehrt Frauen
862 ansprechen. Damit unterstützen wir die Handwerkskammern, junge Frauen gerade für
863 technische und techniknahe Berufe im Handwerk zu begeistern. Es gilt, das Interesse für
864 die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer früher zu wecken. Schon im Bereich der
865 Kindertagesstätten und der Grundschulen kann hier mehr getan werden, auch um
866 geschlechtsspezifische Muster späterer Berufswahl- oder Studienentscheidungen zu
867 korrigieren.

868

869 **20. TOURISMUSLAND RHEINLAND-PFALZ**

870 Rheinland-Pfalz ist ein Tourismusland. Viele attraktive Reiseziele und Tourismusangebote
871 sichern branchenübergreifend 148.000 Arbeitsplätze und erwirtschaften über sieben
872 Milliarden Euro Bruttoumsatz. Der Tourismus erhöht die Attraktivität und stärkt die
873 Standortqualität der Orte. Unsere Landschaften sind wichtig für den Tourismus und für
874 unsere Lebensqualität. Für die SPD ist der Tourismus ein wichtiges Instrument der
875 Regionalentwicklung in unserem Land. Unser Tourismus lebt von der Innovationsfreude
876 vieler mittelständischer Betriebe.

877 Wir setzen uns weiter für eine Stärkung des Tourismus in Rheinland-Pfalz ein. Eine
878 Sicherung der Finanzierung von touristischen Aufgaben ist uns deshalb wichtig. Wir
879 werden Landes- und EU-Fördermittel entsprechend bündeln und im Dialog mit den
880 Unternehmerinnen und Unternehmern die zukünftigen Schwerpunkte entwickeln. Am
881 Ende dieses Prozesses steht die Tourismusstrategie 2025, die die nachhaltige und
882 qualitative Entwicklung des Tourismus stärkt.

883

884 **21. DUALE AUSBILDUNG IST UNSER STANDORTVORTEIL**

885 Wir stehen für eine frühzeitige und umfassende Berufsorientierung in allgemeinbildenden
886 Schulen. Die duale Ausbildung und der Meisterbrief gehören zusammen, sie bleiben unsere
887 Erfolgsmodelle.

888 Wir wollen die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung weiter stärken
889 und einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass
890 bei der Meister-Ausbildung keine Hindernisse durch Gebühren bestehen. Ein neuer
891 Meister-Bonus soll ergänzend zum Meister-BAFöG die Chancengleichheit auch in der
892 beruflichen Bildung konsequent herstellen.

893 Gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern in der beruflichen Bildung setzen wir mit
894 dem Projekt „Kompetent in eigener Sache“ verbindliche Standards der Beratung und
895 Information. Mit dem Modellprojekt „BS20 – Berufsschule 2020“ erproben wir innovative
896 Modelle zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen und sichern die duale
897 Ausbildung in der Fläche.

898 Um diesem Anspruch gerecht zu werden und unser Berufsbildungssystem zu stärken,
899 werden wir die Kampagne „Entdecke DIE LEHRE in Dir“ fortführen, denn die Fachkräfte an
900 Berufsbildenden Schulen sind für eine erfolgreiche duale Ausbildung unverzichtbar.

901 Gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern legen wir ein Stärkungsprogramm für
902 die Berufsbildung auf. Wir werden die Zahl der in Rheinland-Pfalz angebotenen dualen
903 Studiengänge erhöhen. Insbesondere in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften,
904 Maschinenbau und Elektrotechnik wird das Angebot bis 2021 kontinuierlich erweitert.

905

906 **22. FACHKRÄFTE SICHERN: AUSBILDUNG STÄRKEN, WEITERBILDUNG AUSBAUEN**

907 Der Fachkräftesicherung kommt angesichts des demografischen Wandels eine immer
908 größer werdende Bedeutung zu. Malu Dreyer hat mit den Partnern aus Wirtschaft,

909 Gewerkschaften und Politik die Fachkräftestrategie des Landes mit mehr als 200
910 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht.

911 Unsere Unternehmen sind auf erstklassig ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
912 angewiesen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Neben der dualen
913 Erstausbildung spielt für uns das „lebenslange Lernen“ durch ständige Fort- und
914 Weiterbildung, die von uns verstärkt gefördert wird, eine wichtige Rolle. Die SPD wird
915 gemeinsam mit den Sozialpartnern und Trägern die Einführung von Weiterbildungs-
916 Checks prüfen, die mit Berufs- bzw. Studienabschluss vergeben werden können und alle
917 zwei Jahre eine Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsangeboten der Betriebe, der Träger,
918 Berufsschulen und Hochschulen ermöglichen.

919 Die Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Verankerung und die Weiterbildungs-
920 organisationen in freier Trägerschaft mit ihrer zivilgesellschaftlichen Verankerung leisten
921 einen unverzichtbaren Beitrag zur Gewährleistung eines pluralen, leistungsfähigen,
922 flächendeckenden und bezahlbaren Weiterbildungsangebots in Rheinland-Pfalz und
923 tragen wesentlich zur Etablierung einer „Kultur der zweiten Chance“ bei. Den wachsenden
924 und sich wandelnden Anforderungen in der Weiterbildung, insbesondere auch aufgrund
925 der Zuwanderung, werden wir Rechnung tragen. Wir wollen die Weiterbildung weiter
926 stärken und auch in Zukunft ein gutes Weiterbildungsangebot für alle sichern.

927 Gerade angesichts der Zuwanderung vieler jüngerer Menschen ergibt sich jetzt die Chance,
928 die Fachkräfteausbildung in unseren rheinland-pfälzischen Betrieben deutlich
929 auszubauen. Die Wirtschaft betont zu Recht, dass sich hier neue Perspektiven ergeben. Wir
930 gehen aber auch den erfolgreichen Weg des Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin weiter:
931 Es geht darum, gemeinsam verstärkt für alle Jugendlichen Lehrstellen anzubieten. Bei
932 Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationsgeschichte ist auch zu prüfen, welche
933 zusätzlichen Integrationshilfen es geben kann, zum Beispiel durch ausbildungsbegleitende
934 Hilfestellungen zum Vermeiden von Ausbildungsabbrüchen.

935

936 **23. DIE ENERGIEWENDE VOLLENDEN**

937 Mit der Vollendung der Energiewende bis 2050 gestalten wir den sozialökologischen
938 Wandel. Diese dringend nötige Energiewende muss für die Wirtschaftsunternehmen sowie
939 für die privaten Haushalte und Kommunen finanzierbar bleiben. Bis zum Jahr 2030 wird
940 der Strombedarf des Landes bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt.
941 Für uns ist klar: Die Energiewende gelingt mit dem Dreiklang „Energieeinsparung –
942 Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“.

943 Wir stärken die Dezentralisierung der Energieversorgung und dabei insbesondere die
944 Hocheffizienztechnologie Nummer eins: Kraft-Wärme-Kopplung als Bindeglied von Strom-
945 und Wärmeerzeugung. Wir fördern innovative Speichertechnologien (Batterien, Power to
946 Gas, Power to Heat, Pumpspeicher etc.).

947 Bei der Sanierung öffentlicher Gebäude sollen die öffentlichen Eigentümer durch den
948 Einbau moderner Eigenversorgungsanlagen mit gutem Beispiel vorangehen. Für den
949 privaten Bereich werden wir entsprechende Beratungsangebote gemeinsam mit der
950 Verbraucherzentrale, der Energieagentur, den Hochschulen und allen weiteren Akteuren
951 auflegen.

952 Bei der umweltfreundlichen Stromerzeugung muss die Windkraft eine zentrale Rolle
953 spielen. Allerdings müssen wir darauf achten, dass sie nur in Vereinbarkeit mit dem
954 Landschafts- und Naturschutz sowie dem Schutz der Kulturlandschaft erfolgen kann.
955 Hinsichtlich der Photovoltaik wollen wir eine verstärkte dezentrale Nutzung auf privaten,
956 gewerblichen und öffentlichen Dächern in Verbindung mit Stromspeichern erreichen und
957 deshalb bei der nächsten EEG-Novelle verbesserte Bedingungen für die Eigenstromnutzung
958 durchsetzen.

959 Wir unterstützen neben der verstärkten Nutzung der Solarthermie die Bioenergienutzung
960 in Verbindung mit Nahwärmenetzen zur Versorgung von Gemeinden, Wohnquartieren
961 und öffentlichen Gebäuden. Wir unterstützen das bundespolitische Ziel eines 25-Prozent-
962 Anteils der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung, gerade mit Blick
963 auf ihre Ausgleichsfunktion angesichts der in der Leistung fluktuierenden erneuerbaren
964 Energien. Wir werden uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im Kraft-
965 Wärme-Kopplungs-Gesetz einsetzen.

966 Im Sinne des Klimaschutzes brauchen wir neben einer umweltfreundlicheren
967 Stromerzeugung vor allem mehr Energieeinsparung und Energieeffizienz. Dies gilt
968 insbesondere mit Blick auf Heiz- und Warmwasserversorgung. Wir wollen unser breit
969 angelegtes, umsetzungsorientiertes Beratungsprogramm zur Realisierung von
970 Energieeinsparungen in allen Verbrauchssektoren ausbauen, bei dem die Energieagentur,
971 die Verbraucherzentrale und das Handwerk einbezogen werden. Wir werden eine
972 Effizienzoffensive in Zusammenarbeit mit Hochschulexperten und der Energieagentur
973 Rheinland-Pfalz starten. Wir werden uns für ein leistungsfähiges Effizienzförderprogramm
974 des Bundes starkmachen und die Vorbildfunktion des öffentlichen Bereichs für
975 Energieeffizienz konsequent wahrnehmen.

976 Im Flächenland Rheinland-Pfalz sind energieautarke kommunale Lösungen, gerade vor
977 dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Versorgungsaufgabe im

978 ländlichen Raum, für das Gelingen der Energiewende besonders interessant und
979 notwendig. Wo Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kommune diesen Weg gehen wollen,
980 werden wir sie im Rahmen der landespolitischen Kompetenzen unterstützen.

981 Wir werden ein Programm „Energieautarke Gemeinden“ auflegen. Mit Kreisverwaltungen,
982 Genehmigungsbehörden, dem Landesbetrieb Mobilität und der Energiewirtschaft werden
983 wir eine Informationsplattform entwickeln, um Gemeinden entsprechend zu unterstützen
984 und frühzeitig Hilfestellung zu leisten.

985

986 **24. WIR STEHEN FÜR MOBILITÄT – RHEINLAND-PFALZ SETZT AUF KLUGEN**

987 **VERKEHRSMIX**

988 Mobilität als Ausdruck individueller Freiheit sowie der schnelle Transport von Waren und
989 Gütern: Beides ist Grundlage eines modernen Gemeinwesens. Investitionen in die
990 Verkehrsinfrastruktur gehören deshalb zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen in den
991 Wirtschaftsstandort.

992 Wir haben bereits ein dichtes Straßennetz und viele erstklassige Bahnverbindungen.
993 Dennoch stellt sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der
994 Schuldenbremse in Land und Bund die Frage, wie zukunftsfähige Verkehrs- und
995 Mobilitätskonzepte vor allem in ländlichen Regionen in Zukunft finanziert werden
996 können.

997 Mobilität der Zukunft, das ist vor allem die kluge Verbindung von Individual- und
998 öffentlichem Personenverkehr. Konkret: Wir setzen auf die effektive Verbindung von
999 Fahrrad, Auto, Bus, Straßenbahn, Lkw und Zug. Asphalt und Schiene sind kein Gegensatz:
1000 Nur mit einem klugen Mix und unter Einsatz neuer technischer Möglichkeiten wird es
1001 gelingen, sichere, schnelle und umweltverträgliche Mobilitätsangebote in ganz Rheinland-
1002 Pfalz zu garantieren.

1003 Dabei wollen wir in der kommenden Legislaturperiode neue Wege gehen. Durch moderne
1004 Konzepte werden wir den ÖPNV in der Fläche stärken. Die verschiedenen ÖPNV-Angebote
1005 müssen besser aufeinander abgestimmt und barrierefrei werden. Besonders im ländlichen
1006 Raum müssen darüber hinaus die Linienverkehrsangebote verstärkt durch flexible
1007 Angebotsformen wie zum Beispiel Rufbusse, Taxi- und Mietwagen, Anrufsammeltaxis und
1008 Veranstaltungstaxis ergänzt oder auch ersetzt werden. Unsere Förderpolitik wird hier
1009 ansetzen. Zudem müssen vernetzte Informationsangebote verschiedener Verkehrsträger

1010 verbessert werden. Daher wollen wir eine Rheinland-Pfalz-Mobilitätsplattform gründen,
1011 die über alle öffentlichen, individuellen und innovativen Mobilitätsangebote informiert.

1012 Wir treten für die Sicherung des Schienenpersonenfernverkehrs in Rheinland-Pfalz ein. Mit
1013 dem Bund müssen Strategien entwickelt werden, dass alle Regionen des Landes
1014 angebunden bleiben oder wieder angebunden werden. Auch autonomes Fahren kann eine
1015 Möglichkeit zur effektiven Koordination kleinteilig kundenorientierter Verkehrsangebote
1016 sein.

1017 Wir halten unsere Klimaziele ein. Daher bauen wir auch die Elektromobilität in Rheinland-
1018 Pfalz weiter aus.

1019

1020 **25. VERKEHRSINFRASTRUKTUR MIT DEN RICHTIGEN PRIORITÄTEN**

1021 Im Bereich des Straßenbaus halten wir an dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ fest.
1022 Angesichts enger finanzieller Spielräume und des dichtesten Straßennetzes im Vergleich
1023 der Bundesländer ist dies die richtige Priorität. Eingeschlossen ist darin die Instandsetzung
1024 zahlreicher Brücken im gesamten Straßennetz. Die Pkw-Maut lehnen wir weiter ab. Sie ist
1025 kein geeigneter Beitrag zur Infrastrukturfinanzierung und in der vorgelegten Form auch
1026 europarechtswidrig. Für die Grenzregionen bestehen wir auf einer mautfreien Lösung für
1027 den kleinen Grenzverkehr.

1028 Für die SPD ist klar: Wir brauchen Investitionen in die Zukunft unserer Infrastruktur. Der
1029 Ansatz im Landeshaushalt wird daher auf hohem Niveau verstetigt. Wir beginnen damit
1030 im Landeshaushalt 2016. In der kommenden Legislaturperiode werden wir mindestens 500
1031 Millionen Euro für den Landesstraßenbau ausgeben. Darüber hinaus werden wir mit
1032 Unternehmen, Verbänden, Kommunen und Gewerkschaften Verabredungen über einen
1033 Mobilitätskonsens 2021 treffen und so gemeinsam über die Verkehrsinvestitionen der
1034 Zukunft beraten und entscheiden. In regionalen Mobilitätsforen entwickeln wir
1035 gemeinsam Antworten auf die regionalen Verkehrsherausforderungen.

1036 Wir wollen den vierspurigen Ausbau der B10 von Pirmasens bis Landau, die zweite
1037 Rheinbrücke bei Wörth, den weiteren Ausbau der B41, den mehrstreifigen Ausbau der
1038 B8/B414 zwischen hessischer und nordrhein-westfälischer Landesgrenze, den Ausbau des
1039 Mainzer Rings (A643), ein gemeinsames regionales Verkehrskonzept für den Raum Trier
1040 sowie die Vollendung des A1-Lückenschlusses. Wir stehen zu unserer Zusage, dass sich das
1041 Land am Abriss der Hochstraße Nord und am Bau einer Ersatzstraße in Ludwigshafen
1042 beteiligen wird.

1043 Zur Entwicklung des UNESCO-Welterbes Oberes Mittelrheintal unterstützen wir die
1044 Bewerbung und Durchführung einer Bundesgartenschau im Jahr 2031. Dieses Instrument
1045 soll Impulse zur erfolgreichen Entwicklung der gesamten Region setzen.

1046 Dazu gehören die Stärkung der Zusammenarbeit im Welterbetal und der kulturellen
1047 Identität, die Förderung der regionalen Wirtschaft, insbesondere des Tourismus, die
1048 Ertüchtigung der Infrastruktur und ein modernes Verkehrskonzept, zu dem auch eine mit
1049 der UNESCO abgestimmte Mittelrheinbrücke zählt, deren Bau wir wollen.

1050 Gegenüber dem Bund werden wir weiter auf einen zügigeren Ausbau der Mosel-Schleusen
1051 drängen, der nicht nur für die Region Trier von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Die
1052 „Wasserstraße Rhein“ zwischen Bingen und Koblenz muss für den Binnenverkehr entlastet
1053 werden. Die zahlreichen Unfälle der vergangenen Jahre zeigen, dass hier der Bund
1054 dringend handeln muss. Eine Vertiefung der Rhein-Fahrrinne könnte eine erhebliche
1055 Verbesserung für den Güterverkehr im Mittelrheintal mit sich bringen.

1056 Der Rheinland-Pfalz-Takt wird dauerhaft gesichert und nach Möglichkeit ausgebaut
1057 werden. Hierfür werden wir die Regionalisierungsmittel des Bundes einsetzen. Es war
1058 überfällig, dass sich der Bund hier seiner finanziellen Verantwortung stellt.

1059 Die Deutsche Bahn AG muss ihre Infrastruktur in Rheinland-Pfalz auf dem Stand der
1060 Technik betreiben, also modernisieren. Das gilt insbesondere für Bahnhöfe und
1061 Haltepunkte. Sie wird zudem ihrem Auftrag nicht gerecht, wenn nicht alle rheinland-
1062 pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr angebunden werden. Weiterhin treten wir für
1063 die S-Bahn-Verbindung Zweibrücken–Homburg (Saar) ein. Wichtig ist auch der Ausbau der
1064 Weststrecke Trier für den Personennahverkehr, der zeitnah umgesetzt werden soll. Wir
1065 unterstützen die vorgesehene und längst überfällige Modernisierung und den Ausbau der
1066 Schieneninfrastruktur, die Bund und Deutsche Bahn in Rheinland-Pfalz vornehmen
1067 müssen. Bei der Optimierung des Güterverkehrs sind trimodale Terminals
1068 (Schiene/Straße/Wasser) der richtige Weg. Diese werden wir ausbauen.

1069 Der Fahrradverkehr kann einen noch immer unterschätzten Beitrag zur nachhaltigen
1070 Mobilität und zur Entlastung der anderen Verkehre leisten, besonders innerorts. Die
1071 Fahrradinfrastruktur muss ausgebaut werden: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren,
1072 aber auch mit der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtliche
1073 Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an öffentlichen Gebäuden und sichere und
1074 komfortable Stellmöglichkeiten.

1075 Die Nutzung des Flughafens Hahn für den zivilen Flugverkehr war struktur- und
1076 verkehrspolitisch richtig. Vom Flughafen Hahn hängen mehrere Tausend Arbeitsplätze
1077 direkt oder indirekt ab. Er soll in Zukunft in privater Trägerschaft nachhaltig fortgeführt

1078 werden. Wir setzen darauf, dass die Fluggesellschaften ihn weiter nutzen und ihre
1079 Verbindungen ausbauen.

1080

1081 26. LÄRMSCHUTZ IST LEBENSQUALITÄT

1082 Lärmschutz ist ein zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik. Mobilität muss im
1083 Einklang mit der Umwelt und den Interessen der Menschen auf Gesundheit, Sicherheit,
1084 Ruhe und Naherholung stehen. Daher setzen wir uns für klare Regelungen und mehr
1085 kommunalen Spielraum bei Tempo-30-Zonen ein.

1086 Beim Schienenverkehr ist die nachhaltige und substanzielle Entlastung der Bevölkerung
1087 des Mittelrheintals und der Mosel vom Bahnlärm unser zentrales Ziel. Eine Vertagung
1088 wirksamer Maßnahmen, wie jüngst von der EU-Kommission bei der Frage der
1089 Flüsterbremsen verlangt, ist untragbar. Hier muss unbedingt ein Fahrverbot für laute
1090 Güterzüge greifen, wenn die Umrüstung der Güterwaggon nicht bis 2020 erfolgt ist.

1091 Die Planung einer Alternativstrecke zur Mittelrheintrasse muss zügig vorangetrieben
1092 werden. Das Mittelrheintal kann nicht länger warten. Es braucht Perspektiven, die seine
1093 Entwicklung antreiben können und den Elan seiner Bewohnerinnen und Bewohner
1094 unterstützen. Eine Bewerbung des Tals für die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031
1095 unterstützen wir deshalb mit Nachdruck.

1096 Zu unserem heutigen Verständnis von Mobilität gehören Flugreisen ebenso wie Fahrten
1097 mit der Bahn, dem Auto, anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad.
1098 Flughäfen sind also notwendig, auch wenn sie für die unmittelbaren Anwohner oft starke
1099 Lärmbelastungen mit sich bringen. Es kommt deshalb darauf an, einen vernünftigen
1100 Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen herzustellen, um Mobilität zu
1101 ermöglichen, aber auch die Lebensqualität im Alltag zu erhalten.

1102 Das Land Rheinland-Pfalz wird gegenüber dem Betreiber des Flughafens Frankfurt,
1103 gegenüber der Hessischen Landesregierung und gegenüber der Bundesregierung auf eine
1104 weitere Lärminderung drängen. Dabei spielen angepasste Flugrouten, moderne
1105 Anflugverfahren sowie leise Flugzeuge eine Rolle.

1106 Außerdem ist darauf hinzuwirken, dass das Mitspracherecht von Rheinland-Pfalz
1107 umgesetzt wird. Wir setzen uns dafür ein, die Bahnkapazitäten, insbesondere im
1108 Fernverkehr zur erhöhen, um Kurzstreckenflüge zu reduzieren. Zudem treten wir dafür ein,
1109 dass Flugbewegungen gedeckelt werden. Das Land Rheinland-Pfalz setzt sich für eine
1110 Ausweitung des bestehenden Nachtflugverbots am Flughafen Frankfurt auf 22.00 bis

1111 06.00 Uhr sowie dessen strikte Einhaltung ein. Dies alles sind unverzichtbare Bestandteile
1112 zur Lärminderung.

1113

1114 **27. GUTE ARBEIT STÄRKEN – ÖFFENTLICHE HAND IST VORBILD**

1115 Unsere Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik schafft die Rahmenbedingungen für
1116 sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir setzen uns – nicht zuletzt mit unserem
1117 Tariftreuegesetz – seit vielen Jahren für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ein. Der
1118 Mindestlohn wirkt, und wir sagen klar: Mit uns gibt es keine Ausnahmen. Wir wollen
1119 dauerhaft Vollbeschäftigung, Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt, gute Bezahlung und eine
1120 gerechte Einkommensverteilung. Dazu gehören die vollständige Chancengleichheit und
1121 Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

1122 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sind zentrale Partner für unsere Politik. Der
1123 Ovale Tisch der Ministerpräsidentin zeigt, wie erfolgreich unsere dialogorientierte
1124 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist. Mit der Technologieberatungsstelle TBS gibt
1125 es eine wichtige Ansprechpartnerin für Gewerkschaften und die betriebliche
1126 Interessenvertretung. Deren Einsatz für die Beschäftigungssicherung in unserem Land
1127 werden wir weiter unterstützen.

1128 Wir starten zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ein Programm
1129 „Guter Arbeitgeber Land“. Weiter verbesserte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und
1130 Beruf über die gesamten Berufsphasen hinweg sind unser Ziel. Damit sind wir Vorbild
1131 einer neuen Arbeitszeitpolitik, die wir auch außerhalb des Staates stärken wollen. Mit dem
1132 betrieblichen Gesundheitsmanagement haben wir bereits entscheidende Impulse gesetzt.
1133 Das Land wird befristete Arbeitsverhältnisse minimieren. Ein Aktionsplan Weiterbildung
1134 stärkt die Qualität des öffentlichen Dienstes.

1135 Wir werden in einen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmen treten, wie mehr
1136 Lohntransparenz hergestellt und Lohnungleichheit von Frauen und Männern abgebaut
1137 werden soll. Wir werden Unternehmen unterstützen, die dabei vorangehen wollen, etwa
1138 durch Einführung eines Lohnaudits mit dem Instrument eg-Check oder anderen
1139 modellhaften Vorhaben. Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist auch mit Blick auf die
1140 Fachkräftesicherung ein wichtiges Element der Standortentwicklung.

1141

28. GERECHTIGKEIT AUF DEM ARBEITSMARKT – ARBEITSMARKTPOLITIK STÄRKEN

1142

1143 Gerechtigkeit ist unser politischer Kompass. Wir messen die Politik in den
1144 unterschiedlichen Ressorts immer zuerst daran, inwieweit sie zu mehr Gerechtigkeit
1145 beiträgt.

1146 Unserem Land geht es gut, aber deshalb geht es noch lange nicht allen in unserem Land
1147 gut. Die Einkommen und erst recht die Vermögen sind ungleich verteilt. Es gibt Menschen,
1148 die aus verschiedensten Gründen seit Langem keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr
1149 gefunden haben. Es gibt ein zunehmendes Risiko für Altersarmut, und es gibt viele Kinder,
1150 die materiell benachteiligt aufwachsen.

1151 Die SPD unterstützt ausdrücklich den Vorstoß der Ministerpräsidentin, dass die Beiträge
1152 zur gesetzlichen Krankenversicherung künftig wieder paritätisch (zu gleichen Teilen) von
1153 Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Die alleine den Arbeitnehmern
1154 aufgelasteten Beitragserhöhungen zur Jahreswende 2015/16 haben gezeigt, dass auf
1155 Bundesebene hier ein Irrweg eingeschlagen wurde, der in den nächsten Jahren zu einer
1156 deutlichen sozialen Schieflage führen wird. Es ist deshalb für die Bürgerinnen und Bürger
1157 von großer Bedeutung, dass Rheinland-Pfalz unter Malu Dreyer im Bundesrat eine
1158 Kurskorrektur zurück zur paritätischen Finanzierung beantragt.

1159 Für die SPD bleibt soziale Gerechtigkeit das wichtigste Ziel gerade auf dem Arbeitsmarkt.
1160 Menschen mit Vermittlungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt brauchen unsere besondere
1161 Unterstützung. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Chancen bekommen. Dies gilt
1162 unabhängig davon, ob die Ursachen der schwierigen Perspektive in fehlenden schulischen
1163 oder beruflichen Abschlüssen oder sonstigen Hindernissen liegen. Zwischen Menschen mit
1164 und ohne Migrationshintergrund gibt es auch hier keinen Unterschied. Ebenso gilt es, die
1165 Inklusion von Menschen mit Handicaps am Arbeitsmarkt zu verwirklichen.

1166 Wir werden uns für mehr Arbeitsplätze für Menschen einsetzen, die heute nicht in dem
1167 Maße am Erwerbsleben beteiligt sind, wie sie sich das wünschen. Prekäre
1168 Beschäftigungsverhältnisse lehnen wir dabei ab. Mit unseren Arbeitsmarktmitteln wollen
1169 wir Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt
1170 verbessern. Dafür muss die aktive Arbeitsmarktpolitik insbesondere auf Bundesebene
1171 intensiviert werden. Wir wollen für die Menschen, die im sogenannten Übergangssystem
1172 zwischen Schule und Ausbildung festhängen, passgenaue Angebote entwickeln. Wir
1173 wollen für jeden jungen Menschen im Land eine Ausbildungsgarantie.

1174 Mit jährlich deutlich über 300 arbeitsmarktpolitischen Initiativen und Projekten bekämpft
1175 die Landesregierung die Arbeitslosigkeit und stärkt das Potenzial von Arbeitnehmerinnen

1176 und Arbeitnehmern. Mit speziellen Förderansätzen, die aus Landes- und Fördermitteln des
1177 Europäischen Sozialfonds unterstützt werden, wird auf die besonderen Probleme der
1178 Zielgruppen eingegangen. Dazu zählen Maßnahmen der Förderung des Zugangs zu
1179 lebenslangem Lernen und zur Steigerung der Fähigkeiten der Arbeitskräfte. Besonders
1180 hervorzuheben ist die Förderung der beruflichen Weiterqualifizierung von Beschäftigten
1181 durch den QualiScheck sowie Projekte zur Unterstützung beim Übergang von
1182 geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Den
1183 Übergangsbereich von Schule und Ausbildung wollen wir besser verknüpfen. Unser Ziel ist
1184 „Hilfen aus einer Hand“ für mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz.

1185 Durch Bundesratsinitiativen, wie beispielsweise zur Verhinderung der Umgehung von
1186 Arbeitnehmerschutzrechten durch Werkverträge und für faire und sichere
1187 Arbeitsbedingungen bei der Arbeitnehmerüberlassung, setzen wir uns für
1188 Arbeitnehmerschutzrechte und die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein.
1189 Wir wollen diesen Einsatz in der kommenden Legislaturperiode verstärken und
1190 insbesondere Fehlentwicklungen im Bereich von Billiglöhnen entgegenwirken. Hier darf
1191 insbesondere die Zuwanderung durch Flüchtlinge nicht dazu missbraucht werden, die
1192 Löhne weiter zu drücken.

1193

1194 **29. DIGITALISIERUNG UND DEMOGRAFIE GESTALTEN**

1195 Die Digitalisierung geht mit grundlegenden und rasanten Veränderungen in der
1196 Arbeitswelt einher. Die klassische Arbeitszeit von 09.00 bis 17.00 Uhr weicht mehr und
1197 mehr auf. Es entstehen neue Potenziale auf dem Arbeitsmarkt, aber auch viele
1198 Herausforderungen.

1199 Digitale Arbeit und demografischer Wandel erfordern einen neuen Dialog zwischen
1200 Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Hier
1201 ist der Staat gefordert, Brücken zu bauen und Wege zu öffnen. Wir wollen die Chancen der
1202 Digitalisierung für gute Arbeit nutzen und drohende Risiken wie die Entgrenzung von
1203 Arbeit klar benennen und ihnen entgegentreten. Deshalb werden wir in einem
1204 Handlungsprogramm „Digitale Arbeit“ regional- und branchenspezifische
1205 Entwicklungsziele schaffen. Hier gilt besonders: Wir suchen den Schulterchluss mit den
1206 Gewerkschaften, um Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen. Unser Ziel ist, dass
1207 auch die Digitalisierung mithilft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

1208 Wir fördern altersgerechte Arbeitsplätze in Unternehmen und Verwaltungen. Eine weitere
1209 dringliche Aufgabe bleibt die Verbesserung von Arbeitsschutz und betrieblicher

1210 Gesundheitsförderung. Schließlich die Fort- und Weiterbildung: Die Anforderungen an sie
1211 sind in einer dynamischen, wissens- und innovationsbasierten Wirtschaft ohnehin sehr
1212 groß. Sie wachsen aber durch die älter werdenden Belegschaften. Wir werden mit den
1213 Unternehmen den Dialog suchen und Maßnahmen mit ihnen gemeinsam entwickeln,
1214 etwa zur Erhaltung der Gesundheit ihrer Belegschaft. Wir werden dazu zusammen mit
1215 Experten und Partnern eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe einrichten und Konzepte
1216 bündeln, damit kleine und mittlere Unternehmen stärker von bereits bestehenden
1217 Maßnahmen profitieren können.

1218

1219 **30. SCHNELLES NETZ – GUTE ZUKUNFT**

1220 Wir sind beim Ausbau des schnellen Internets auf gutem Weg, aber noch nicht am Ziel. Die
1221 Zielmarke haben wir klar definiert: Wir wollen bis 2018 flächendeckend 50 MBit/s im
1222 Maßnahmen- und Technologiemix erreichen.

1223 Die mögliche Haushaltsversorgung mit 30 Mbit/s schnellem Breitband ist in Rheinland-
1224 Pfalz bereits in 77 Prozent der Haushalte möglich, damit liegen wir über dem
1225 Bundesschnitt. Bereits 66 Prozent der Haushalte können 50 Mbit/s von den verschiedenen
1226 Anbietern per Kabel oder LTE empfangen. Im Vergleich der Jahre 2013/14 lag Rheinland-
1227 Pfalz hinsichtlich der Steigerungsrate der Flächenländer an zweiter Stelle.

1228 Wir werden die Dynamik im Breitbandausbau beschleunigen und den kommunalen
1229 Förderanteil so gering wie möglich halten. Dies schaffen wir, indem wir
1230 Landesfördermittel mit Bundesmitteln kombinieren.

1231 Wir setzen in Rheinland-Pfalz dabei auf kommunale Ausbaugemeinschaften, in der Regel
1232 in der Größe eines Landkreises, unter Moderation und Begleitung des Breitband-
1233 Kompetenzzentrums.

1234 In Zukunft werden aber noch größere Bandbreiten benötigt. Industrie 4.0 oder auch
1235 Telearbeit von zu Hause, Video- und Streaming-Angebote erfordern immer höhere
1236 Datenmengen. Deshalb hat die Landesregierung eine 300-Mbit/s-Studie in Auftrag
1237 gegeben, deren Ergebnisse und Handlungsempfehlungen jetzt vorliegen. Wir werden den
1238 Weg in die Gigabit-Gesellschaft konsequent weiter beschreiten. Dafür ist ein kompletter
1239 Netzinfrastrukturwechsel notwendig. Wir müssen weg von der Kupferleitung, hin zur
1240 Glasfaser. Dies kann vor dem Hintergrund der Kosten nur schrittweise und
1241 bedarfsorientiert erfolgen. Klar ist aber auch: Wollen wir den Netzinfrastrukturwechsel
1242 schnell angehen, müssen wir in den nächsten zehn bis 15 Jahren weiter jährlich
1243 Landesmittel im mehrstelligen Millionenbereich zur Verfügung stellen und bestehende

1244 Fördermöglichkeiten konsequent nutzen. Dort, wo möglich, werden wir diese miteinander
1245 kombinieren. Wir werden alle am Ausbauprozess Beteiligten an einen Tisch holen und
1246 Potenziale bündeln. Jeder muss hierbei seinen Part übernehmen: Land, Wirtschaft,
1247 Kommunen, Bund und die EU. Für Rheinland-Pfalz werden wir eine Netzallianz mit allen
1248 relevanten Akteuren mit dem Ziel initiieren, möglichst verbindliche Ausbauabsichten
1249 festzuhalten. Dabei profitieren wir von der hohen Reputation und den guten Kontakten
1250 des Breitband-Kompetenzzentrums.

1251 Die Menschen sind immer mobiler und wollen auch von unterwegs schnell auf
1252 Informationen zugreifen können. Die SPD-geführte Landesregierung will mehr freies
1253 WLAN ermöglichen und verfolgt eine Änderung des Telemediengesetzes mit dem Ziel, die
1254 Störerhaftung abzuschaffen. Im Land wollen wir den ersten Schritt tun und für mehr freies
1255 WLAN sorgen. Dies unterstützt im Besonderen den Tourismus und die Feriengäste. Viele
1256 Städte verfügen schon über Free-WiFi-Zonen. Die SPD wird als ersten Schritt ein
1257 kommunales Programm für kleinere Gemeinden starten: 1.000 freie WLAN-Hotspot – in
1258 1.000 Kommunen. Wir werden darüber hinaus konsequent prüfen, wo öffentliche
1259 Einrichtungen und Behörden WLAN-Hotspots zur Verfügung stellen können.

1260

1261 **31. DEMOGRAFIE TRIFFT AUF DIGITALEN WANDEL**

1262 Das Leben vor allem in den Dörfern verändert sich. Einerseits werden die Jüngeren
1263 weniger, und die Älteren leben länger. Andererseits öffnen sich durch die digitalen
1264 Möglichkeiten Chancen, diesen Wandel gut zu gestalten. Wir in Rheinland-Pfalz wollen
1265 diese beiden Trends zusammenbringen. Nahversorgung, Bring- und Holdienste, Gebäude-
1266 bewirtschaftung, aber auch der ferngesteuerte Traktor oder der Einsatz von Drohnen bei
1267 der Schädlingsbekämpfung im Weinberg sind Beispiele dafür, wie neue Technologien
1268 unser Leben einfacher machen oder neue Strukturen entstehen.

1269 Seniorinnen und Senioren sollen am digitalen Wandel aktiv teilhaben können. Deswegen
1270 fördern wir weiterhin Projekte wie etwa „Silver Surfer“, die den Älteren das erforderliche
1271 Rüstzeug für (ihren sicheren Weg durch) das Internet vermitteln.

1272 Auch im Gesundheitsbereich können heute Aufnahmen im Kernspintomographen vor Ort
1273 auf dem Land gemacht und an der fernen Uniklinik vom Facharzt begutachtet werden.
1274 Patienten mit chronischen Erkrankungen können mittels digitaler Technik ärztlich rund
1275 um die Uhr betreut werden, je nach Erfordernis. Die SPD hat dies im Projekt „Digitale
1276 Dörfer“ (englisch: „smart rural area“) und mit wissenschaftlicher Begleitung auf den Weg
1277 gebracht.

1278 Der Demografische Wandel betrifft Jung und Alt gleichermaßen. Wir stehen für ein
1279 gerechtes Miteinander der Generationen. Das bedeutet, dass jungen Menschen auch
1280 zukünftig Angebote und Infrastrukturen zur Verfügung stehen, die ein kinder- und
1281 jugendgerechtes Aufwachsen sowie wirksame Beteiligungsmöglichkeiten ermöglichen.

1282

1283 **32. NUR STARKE KOMMUNEN SICHERN GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE**

1284 Wir sichern eine ausreichende Grundversorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse im
1285 ganzen Land. Dafür fördern wir innovative, demografiegerechte und inklusive
1286 Entwicklungsstrategien von Stadt und Land. Wir schärfen alle Instrumente, um
1287 insbesondere in den Ballungsräumen bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neuen zu
1288 schaffen. Wir fördern die enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und ihren
1289 benachbarten Gebietskörperschaften und entwickeln das Projekt „Starke Kommunen –
1290 starkes Land“ zu einem Förderschwerpunkt weiter.

1291 Wir stärken die notwendige kommunale Investitionsfähigkeit durch die Fortführung der
1292 Förderprogramme in den Bereichen Städtebau, Dorferneuerung und Investitions-Stock.
1293 Insbesondere die Programme für kleine Zentren in ländlichen Räumen können in der
1294 Fläche viel bewegen. Die Programme bieten einen breiten Instrumentenkasten für
1295 Gemeinden unterschiedlicher Größe und Struktur. So wurde beispielsweise bei der
1296 Dorferneuerung und der Städtebauförderung in den vergangenen Jahren ein
1297 Bewilligungsvolumen von gut 420 Millionen Euro bewegt. Diese Programme haben nicht
1298 nur eine wichtige Bedeutung für die strukturelle Verbesserung der Städte und Gemeinden,
1299 sondern auch eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die regionale Wirtschaft.

1300 Wir nutzen die Landesgartenschauen als Motor, um großflächige Industriebrachen und frei
1301 werdende Militärgelände einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen und der Region einen
1302 wirtschaftlichen Entwicklungsimpuls zu geben. Themen wie Barrierefreiheit, nachhaltige
1303 Mobilität, familien- und kinderfreundliches Wohnen und Leben, klimafreundliche und
1304 naturnahe Entwicklung in Stadt und Land, moderne und nachhaltige gartenbauliche
1305 Gestaltung und die Verbindung einer modernen und inklusiven Quartiersentwicklung mit
1306 sozialem, barrierefreiem Wohnungsbau sowie die Anpassung an den demografischen
1307 Wandel stehen zukünftig im Mittelpunkt.

1308 Neben der Vorbereitung der fünften Landesgartenschau im Jahr 2022 werden wir prüfen,
1309 inwieweit neue Impulse in der Regionalentwicklung gesetzt werden können: Regionen des
1310 Landes könnten dann die Möglichkeit erhalten, gemeinsam Maßnahmen aus den

1311 bestehenden Förderprogrammen des Landes prioritär, aber zeitlich begrenzt gefördert zu
1312 bekommen.

1313 Das Programm „Soziale Stadt“ soll in unverminderter Höhe fortgeführt werden, um
1314 Quartiere mit sozialen Problemlagen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Die Impulse
1315 dafür müssen dabei aus den Kommunen kommen. Das Land wird hier mit
1316 Beratungsangeboten zur Verfügung stehen.

1317

1318 **33. KREATIVE UND LEBENDIGE KOMMUNEN – HIER LEBT GEMEINSINN**

1319 Wie wir mit großen gesellschaftspolitischen Themen wie dem Demografischen Wandel
1320 oder der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen umgehen, entscheidet sich
1321 maßgeblich in den Kommunen. Daher wollen wir weiterhin in guter Partnerschaft die
1322 Kommunen in ihrer Handlungs- und Leistungsfähigkeit begleiten und stärken.

1323 Die Verbesserung der Finanzlage der Kommunen ist uns weiterhin ein wichtiges Anliegen.
1324 2010 haben wir den Kommunalen Entschuldungsfonds eingeführt. Allein für die Jahre
1325 2012 bis 2014 wurden den Kommunen rund 463 Millionen Euro Landeszuweisungen
1326 ausbezahlt. Mit den Konsolidierungsbeiträgen der Kommunen waren dies rund
1327 617 Millionen Euro.

1328 Wir stehen dafür, den Kommunen zukunftsfeste Strukturen zu gewährleisten. Mit der in
1329 der letzten Legislaturperiode gestarteten und in den vergangenen Jahren fortgeführten
1330 Kommunal- und Verwaltungsreform konnten bereits etliche Verbandsgemeinden und
1331 verbandsfreie Gemeinden zu neuen, leistungsstarken Verwaltungseinheiten fusioniert
1332 werden. Auch haben wir für die Kommunen mit der „Experimentierklausel“ die
1333 Möglichkeit geschaffen, zur Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen und
1334 Aufgabenwahrnehmung im Einzelfall für bis zu fünf Jahre eine Ausnahme von
1335 landesrechtlichen Zuständigkeits-, Form- und Verfahrensregeln zuzulassen.

1336 Wir werden die Kommunal- und Verwaltungsreform in einer zweiten Stufe fortsetzen. Auf
1337 der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen und in Kooperation sowie im
1338 Austausch mit allen Beteiligten werden wir uns mit einer umfassenden Aufgabenkritik
1339 der einzelnen Ebenen sowie mit Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung
1340 befassen. Ebenso werden wir die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und
1341 benachbarten Gebietskörperschaften unterstützen und fördern. Und wir werden die
1342 Kommunen darin unterstützen, die Möglichkeiten des digitalen Wandels im Sinne von
1343 Bürgernähe, Vereinfachung und Präsenz in der Fläche verstärkt zu nutzen. Die Aufgaben
1344 der Mittelbehörden werden wir auf den Prüfstand stellen.

1345 Der Erhalt und die Weiterentwicklung der kommunalen Handlungsfähigkeit ist eine
1346 Dauer-, aber keine Routineaufgabe. Deshalb haben wir auch in der kommenden
1347 Legislaturperiode viel vor: Wir setzen uns für die Einführung einer verfassungskonformen
1348 Sperrklausel bei den Wahlen zu den kommunalen Räten ein, um deren
1349 Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir werden das Kommunalwahlrecht vor den
1350 Erfahrungen vergangener Kommunalwahlen auf Regelungen überprüfen, die erneuert
1351 oder gestrichen werden sollten. Wir halten daran fest, das Wahlalter bei Kommunal- und
1352 Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Genauso befürworten wir das aktive und
1353 passive Wahlrecht von Nicht-EU-Staatsangehörigen bei Kommunalwahlen.

1354 Das reformierte Landesfinanzausgleichsgesetz werden wir im Jahr 2017 evaluieren. Sich
1355 daraus ergebende Konsequenzen für die Finanzausstattung der Kommunen werden wir
1356 unter Achtung der Schuldenregeln für den Landeshaushalt umsetzen.
1357 Förderbereichsübergreifende, überörtliche Kommunalentwicklungskonzepte sehen wir als
1358 Chance. Daher werden wir prüfen, entsprechende Förderbudgets im Rahmen der
1359 Förderprogramme einzuführen.

1360

1361 **34. POLIZEI FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER – BÜRGERPOLIZEI**

1362 Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Dafür sorgt vor allem die rheinland-pfälzische Polizei.
1363 Statistiken belegen dies. Damit es auch in Zukunft so bleibt, hat die SPD-geführte
1364 Landesregierung die Einstellungszahlen erhöht. Sie sind mit 475 im Jahr 2015 und 500 im
1365 Jahr 2016 auf dem höchsten Stand, den Rheinland-Pfalz jemals hatte. Wir gewährleisten
1366 damit auch in Zukunft eine ausreichend hohe Zahl an gut ausgebildeten Polizistinnen und
1367 Polizisten.

1368 Immer neue Sicherheitsanforderungen sind zu bewältigen, wie zum Beispiel Gewalt in
1369 Fußballstadien, Gefahr von Terroranschlägen, Wohnungseinbrüche oder der Schutz von
1370 Flüchtlingseinrichtungen vor rechter Gewalt. Mit Sorge sehen wir, dass die Gewalt gegen
1371 Polizistinnen und Polizisten zunimmt. Deshalb wurden Schutzausstattung, Bewaffnung
1372 und Einsatztrainings optimiert. In einem Pilotversuch werden sogenannte Bodycams
1373 eingesetzt, um der steigenden Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei entgegenzuwirken.

1374 Wichtig ist auch ein speziell auf die Polizei zugeschnittenes, ganzheitliches
1375 Gesundheitsmanagement, das wir durch einen eigenen betriebsärztlichen Dienst für die
1376 Polizei und durch ein optimiertes Fallmanagement bei der Schadensregulierung
1377 weiterentwickeln. Wir werden auch die Einführung eines Instituts für Polizeigesundheit
1378 und einer spartenübergreifenden Heilfürsorge prüfen.

1379

35. FEUERWEHR UND RETTUNGSKRÄFTE – RETTER IN DER NOT

1380 Respekt, Dank und Anerkennung zollen wir den freiwilligen Feuerwehr- und
1381 Rettungskräften. Sie haben in den vergangenen Monaten bei der Bewältigung der
1382 Flüchtlingsströme Hervorragendes geleistet. Und sie begeben sich bei Einsätzen oft in
1383 große Gefahr. Diese hohe Leistung und Einsatzfreude werden wir weiterhin durch
1384 finanzielle Förderung der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes auf gleichem
1385 Niveau unterstützen. Denn modernes technisches Material ist oft entscheidend für Retter
1386 und Menschen in Notsituationen. Grundlage ist die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer.

1387 Wir sind uns bewusst, dass durch den demografischen Wandel die Tagesalarmbereitschaft
1388 oft nur schwer gewährleistet werden kann. Hier muss auch auf neue, innovative Konzepte
1389 gesetzt werden, insbesondere kommt es aber auf die Jugendförderung an. Die Jugendarbeit
1390 wird von uns weiter unterstützt. Bambinifeuerwehren, Jugendfeuerwehren und die
1391 feuerwehrtechnische Grundausbildung als Wahlfach in Schulen sowie die
1392 Jugendorganisationen von allen rheinland-pfälzischen Hilfsorganisationen werden
1393 ebenfalls immer wichtiger.

1394

1395

36. PRÄVENTION – KAMPF GEGEN EXTREMISMUS

1396 Die SPD wendet sich gegen jede Art von Extremismus. Wir verurteilen Rassismus, Gewalt,
1397 Hass, Intoleranz und Ausgrenzung. Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen dagegen
1398 starkmachen. Dazu gehören Angebote in Schulen und in der Jugendarbeit. Die
1399 zunehmende Zahl von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte alarmiert uns. Wir dürfen
1400 den geistigen Brandstiftern nicht erlauben, den Boden für antidemokratische Parolen und
1401 Gewalttaten zu bereiten. Hetze und Diskriminierung müssen mit allen Mitteln des
1402 Rechtsstaates bekämpft werden. Dazu zählt für uns auch das NPD-Verbot.

1403 Mit den vom Land unterstützten Programmen, wie beispielsweise dem Beratungsnetzwerk
1404 gegen Rechtsextremismus, Rückwege, (R)Auswege, der Elterninitiative gegen Rechts, der
1405 Präventionsagentur und den vielen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und
1406 Organisationen, verfügt Rheinland-Pfalz über ein gutes Netz. Wir wollen diese Arbeit
1407 weiter fördern, entwickeln und ausbauen. Das „Netzwerk für Demokratie und Courage“
1408 unterstützen wir bei seiner engagierten Arbeit.

1409 Prävention kann Straftaten, Unfälle und gesundheitliche Schäden verhindern und trägt so
1410 zum guten Zusammenleben bei. Für die SPD ist dies eine ressortübergreifende
1411 Querschnittsaufgabe. Wir schätzen die Arbeit der Kriminalpräventiven Räte sowie der

1412 Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater in den Kommunen und deren
1413 ehrenamtliches Engagement. Ihre Arbeit wurde evaluiert und wird weiter gefördert.
1414 Verkehrserziehung und -schulung ist für Jung und Alt wichtig und wird auf hohem Niveau
1415 fortgesetzt. Sucht- und Gesundheitsberatung wird verstetigt. Gewalt in engen sozialen
1416 Beziehungen und gegen Fremde tritt leider immer wieder auf. Wir wollen weiter die
1417 Zivilcourage stärken („Wer wegschaut, macht mit“) und für die Opfer Beratung und Hilfe
1418 anbieten.

1419 Wir stärken die Islamismus-Prävention. Dabei setzen wir auf die Einbindung von Schulen
1420 und Familien. Das „Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger
1421 Menschen in Rheinland-Pfalz“, das vor allem Jugendliche und junge Erwachsene anspricht,
1422 werden wir weiterentwickeln.

1423 Der Verfassungsschutz ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen politisch und religiös
1424 motivierten Extremismus und Terrorismus. Wir werden die gesetzlichen Grundlagen
1425 modernisieren und dabei auch den Einsatz von V-Leuten normieren sowie die
1426 parlamentarische Kontrolle unterstützen.

1427

1428 **37. RECHT UND JUSTIZ GARANTIEREN UNSERE FREIHEIT**

1429 Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für eine Rechts- und Innenpolitik, deren strikter Maßstab
1430 die Grund- und Bürgerrechte sind. Wir setzen uns für eine starke Justiz ein. Eine schnelle
1431 und effektive Rechtsdurchsetzung ist nicht nur für die Wirtschaft wichtig und damit ein
1432 Standortvorteil für unser Land. Vielmehr sind alle Bürgerinnen und Bürger darauf
1433 angewiesen.

1434 Auch die Justiz muss sich den Herausforderungen des demografischen Wandels, dem
1435 Einsatz Neuer Medien und neuen Formen der Kriminalität und des sozialen Verhaltens
1436 stellen. Alternative Formen der Streitbeilegung oder Online-Schlichtungen werden wir
1437 weiter fördern. Wie bei Rechtsanwälten ist eine weitere fachliche Spezialisierung in Justiz
1438 und Staatsanwaltschaften unabdingbar. Die Justizstrukturen müssen dort, wo es sinnvoll
1439 und notwendig ist, den sich veränderten Erfordernissen angepasst werden. Dies wird in
1440 transparenten Verfahren und unter Beteiligung aller Betroffenen erfolgen.

1441 Wir werden die „soziale Justiz“ weiter ausbauen und den Zugang zum Recht garantieren.
1442 Dazu gehört für uns, Hemmschwellen abzubauen, Rechtsdurchsetzung und Rechtshilfe für
1443 Einkommensschwache zu fördern und Beratungsangebote, wie die anwaltlichen
1444 Beratungsstellen, deutlich zu stärken. Zur wirksamen Bekämpfung von Jugendkriminalität
1445 muss es neben den erfolgreich arbeitenden Häusern des Jugendrechts auch in ländlichen

1446 Gebieten eine effektive und möglichst institutionalisierte Kooperation zwischen Justiz,
1447 Polizei und Jugendhilfe geben. Die SPD wird hierfür die Voraussetzungen schaffen. Zeugen-
1448 und Opferschutz muss konsequent erfolgen. Dabei werden wir Hilfsangebote für durch
1449 Straftaten geschädigte Bürger stärken, ohne die Rechte von Beschuldigten einzuschränken.

1450 Die Resozialisierung von Straftäterinnen und Straftätern ist der beste Opferschutz. Deshalb
1451 setzen wir im Justizvollzug auf die gesellschaftliche Wiedereingliederung. Ein besonderes
1452 Augenmerk legen wir auf jugendliche und heranwachsende Straftäterinnen und
1453 Straftäter, deren Übergang von der oft jahrelangen Haft hin zum Leben in Freiheit so
1454 problemlos wie möglich verlaufen sollte. Das sogenannte Übergangsmanagement werden
1455 wir deshalb weiter ausbauen und verfeinern, sodass ein Leben ohne Straftaten nicht schon
1456 an mangelnder Organisation der ersten Tage und Wochen in Freiheit scheitert.

1457 Die SPD in Rheinland-Pfalz wendet sich weiterhin entschieden gegen alle
1458 Privatisierungstendenzen in der Justiz. Alle Bestrebungen im Strafvollzug und
1459 Gerichtsvollzieherwesen lehnen wir ab.

1460

1461 **38. VERBRAUCHERSCHUTZ STEHT FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT**

1462 Wir setzen auf einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen
1463 Interessen, bei dem der Einzelne unabhängig vom Bildungsstand, der Herkunft und dem
1464 finanziellen Hintergrund vor Risiken des Marktes geschützt wird und die eigenen Rechte
1465 wahrnehmen kann. Die Beratungsleistungen der Verbraucherzentrale (VZ) haben sich in
1466 Rheinland-Pfalz bewährt. Die finanzielle Förderung werden wir weiterhin gewährleisten.
1467 Die Verbraucherzentrale erhält durch eine mehrjährige Vereinbarung finanzielle
1468 Planungssicherheit. Im Rahmen der bewährten „Verbraucherdialoge“ werden wir konkrete
1469 Empfehlungen zu den Zukunftsfragen des Verbraucherschutzes erarbeiten.

1470 Höchste Priorität hat die Sicherheit unserer Lebensmittel. Wir werden das hohe Niveau
1471 unserer Lebensmittelüberwachung und die Leistungsfähigkeit des Landesuntersuchungs-
1472 amtes weiter stärken. Wir haben eine interdisziplinäre Kontrolleinheit (IKER) als Task
1473 Force eingerichtet, die kritische Lebensmittelbetriebe und Warenströme im Auge behält
1474 und bei Bedarf landesweit einschreitet. Wir werden die Aufgaben der Task-Force
1475 evaluieren und gegebenenfalls erweitern und verbessern.

1476 Auch die Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung ist uns ein wichtiges Anliegen.
1477 Einerseits ist hier die Zusammenarbeit der Kommunen mit den „Tafeln“ eine mögliche
1478 Lösung. Des Weiteren wird sich die SPD Rheinland-Pfalz auf Bundesebene dafür einsetzen,
1479 dass Abfall aus Entsorgungscontainern von Supermärkten nach französischem Vorbild

1480 zwischen dem Zeitpunkt seiner Entsorgung in Containern und der Abholung durch
1481 Entsorgungsunternehmen als abgetretenes Eigentum im Sinne einer herrenlosen Sache zu
1482 erklären ist. Zudem muss der Handel aufgefordert werden, einen ungehinderten Zugang zu
1483 nicht mehr verkaufsfähigen, aber noch genießbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Auf
1484 diese Art erhalten auch Menschen, die nicht auf Leistungen der „Tafel“ zurückgreifen
1485 können, Zugang zu noch genießbaren Lebensmitteln.

1486 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat für die SPD einen hohen Stellenwert.
1487 Gerade im privaten Bereich müssen die Bürgerinnen und Bürger einen effektiven Schutz
1488 ihrer Daten erhalten. Dies gilt insbesondere auch bei zunehmender Digitalisierung aller
1489 Lebensbereiche. Besonders schutzbedürftig sind hier Kinder, Jugendliche und die Daten der
1490 Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Freiheit des Einzelnen, sich in der digitalen Welt
1491 frei zu bewegen und dabei möglichst selbstbestimmt über seine Daten zu verfügen, muss
1492 durch wirksame Schutzmechanismen und deren effektive Durchsetzung gesichert werden.

1493 Verbraucherbildung ist wichtig, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sie müssen die
1494 Gefahren der Neuen Medien kennen, Wissen um gesundes Essen und Kenntnisse über den
1495 Umgang mit zielgerichteter Werbung der Wirtschaft erwerben. Auch die Finanzkompetenz
1496 wird immer wichtiger. Wir führen daher die Angebote der Medienbildung insbesondere in
1497 den Schulen weiter fort. Aber gerade auch Senioren suchen Beratung, was den Umgang mit
1498 digitalen Angeboten anbelangt. Eine von uns geführte Landesregierung wird die finanziell
1499 unterstützten Veranstaltungen der Verbraucherzentralen fortführen und stetig neue
1500 Angebote entwickeln. Der digitale Marktwächter unterstützt das Angebot.

1501 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen beim Thema des transatlantischen
1502 Freihandelsabkommens (TTIP) ernst. Viele befürchten, dass durch TTIP europäische und
1503 deutsche Standards bei Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie bei
1504 Lebensmitteln unterlaufen werden könnten. Die SPD setzt sich im Bund und in Europa
1505 dafür ein, dass wichtige, in Jahrzehnten errungene Datenschutz- und
1506 Verbraucherschutzstandards durch multinationale Konzerne und Investoren ebenso wenig
1507 ausgehebelt werden können wie rechtsstaatliche Standards und demokratische politische
1508 Regelungen.

1509

1510 **39. GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN KONSEQUENT**

1511 **VORANTREIBEN**

1512 Rheinland-Pfalz ist ein Land der gleichen Lebenschancen für Frauen und Männer. Dennoch
1513 werden Frauen in einigen Bereichen unserer Bürgergesellschaft nach wie vor

1514 benachteiligt. Für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Rheinland-Pfalz wollen
1515 wir die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter als durchgängiges Prinzip sehen.

1516 Nach wie vor verdienen Frauen im Durchschnitt fast ein Viertel weniger als Männer. Die
1517 Überwindung ungleicher Einkommensverhältnisse muss gelingen. Ein erster Schritt in
1518 Richtung Gleichberechtigung im Erwerbsleben ist durch die Einführung des gesetzlichen
1519 Mindestlohns gelungen. Da der Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor und in Minijobs
1520 überproportional hoch ist, profitieren insbesondere die Frauen von der gesetzlich
1521 festgeschriebenen Lohnuntergrenze. Ziel muss eine bessere Entlohnung in den typischen
1522 „Frauenberufen“ sein, die nicht weniger anstrengend und oft auch nicht weniger
1523 qualifiziert sind, aber denen die materielle Anerkennung fehlt. Wir unterstützen die
1524 Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, ein Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg zu
1525 bringen, um der Entgeltdiskriminierung einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

1526 Wir wollen klassische Rollenbilder weiter aufbrechen und Frauen auch in Führungsrollen
1527 gleiche Chancen geben. Die Einführung der Frauenquote auf Bundesebene war ein
1528 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir haben bereits durch unsere Politik dafür
1529 gesorgt, dass der Frauenanteil in Aufsichtsräten und Kontrollgremien im
1530 Verantwortungsbereich der Landesregierung erhöht wurde. In Zukunft werden wir uns
1531 nachdrücklich für einen gesetzlich festgelegten Frauenanteil in Aufsichtsräten und
1532 Kontrollgremien einsetzen. Wir brauchen zudem mehr weibliche Professuren und einen
1533 größeren Anteil von weiblichen Führungskräften an Hochschulen.

1534 Der Öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber generell eine Vorreiterrolle in Sachen
1535 Gleichstellung einnehmen. Die Stärkung der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten ist uns
1536 durch die Schaffung von Sanktionsmöglichkeiten und die Einführung von
1537 Kontrollmechanismen gelungen. Das hilft, um in Zukunft eine zeitgemäße und qualitative
1538 Frauenförderung im öffentlichen Dienst sicherzustellen.

1539 Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, müssen bei uns in Rheinland-Pfalz
1540 auf ein flächendeckendes und professionelles Netz an Unterstützungseinrichtungen
1541 zugreifen können. Wir machen uns dafür stark, dass Frauen und Kinder, die von
1542 psychischer, physischer, sexualisierter und sozioökonomischer Gewalt oder von Stalking
1543 betroffen sind, eine gewaltfreie Zukunftsperspektive eröffnet bekommen, in der sie vom
1544 Gewalttäter unabhängig ein selbstbestimmtes Leben führen können. Erfolgreiche
1545 Programme wie das „Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen
1546 sozialen Beziehungen“ (RIGG) wollen wir fortführen, um diese Ziele abzusichern. Unser Ziel
1547 sind eine abgestimmte Interventionskette in der akuten Versorgung sowie ein
1548 niedrigschwelliges Beratungsangebot, in dem alle Angebote kostenfrei und kultursensibel

1549 sind. Bestehende Lücken zwischen Akutversorgung und therapeutischen Angeboten sollen
1550 geschlossen werden.

1551 Wir setzen uns für eine verstärkte Beteiligung von Frauen auf kommunaler Ebene ein,
1552 denn gerade im kommunalen Bereich sind die Erfahrungen und Kompetenzen aller von
1553 Bedeutung. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, den Frauenanteil besonders in
1554 den kommunalen Räten langfristig zu erhöhen.

1555

1556 **40. RHEINLAND-PFALZ STEHT FÜR DAS PRINZIP INKLUSION**

1557 Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen, wie alle anderen auch,
1558 an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt teilhaben können. Deswegen haben wir als erstes
1559 Bundesland die UN-Behindertenrechtskonvention mit einem Landesaktionsplan
1560 umgesetzt, den es fortzuentwickeln gilt. Inklusion ist für uns ein Menschenrecht, das
1561 überall in unserer Gesellschaft mitgedacht und gelebt werden muss. Wir setzen uns
1562 deswegen weiter auf Bundesebene für ein modernes, an Inklusion und Selbstbestimmung
1563 ausgerichtetes Bundesteilhabegesetz ein, das die Eingliederungshilfe ablöst.

1564 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen immer Teil des gesellschaftlichen Lebens
1565 sind. Deshalb setzen wir uns für eine barrierefreie Ausgestaltung aller gesellschaftlichen
1566 Lebensbereiche ein. Wir setzen uns für ein inklusives Leben von Anfang an ein:
1567 Schrittweise werden wir die Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln, damit
1568 Kinder mit Behinderung dort spielen und lernen können sowie gefördert werden. Die
1569 Angebote der Förderkindergärten wollen wir gemeinsam mit ihren Trägern zu
1570 integrativen Kindertagesstätten verbessern.

1571 Gemeinsam mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und der
1572 Behindertenselbsthilfe werden wir Modelle wie das „Budget für Arbeit“ weiterentwickeln,
1573 um den Übergang aus der beschützten Beschäftigung der WfbM zum allgemeinen
1574 Arbeitsmarkt zu erleichtern.

1575 In den kommenden Jahren wird die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in den
1576 Ruhestand gehen, steigen. Sie brauchen gute Angebote, um ihren Tag strukturieren und
1577 gestalten zu können. Wir möchten deswegen Modelle entwickeln, in denen Leistungen für
1578 ältere Menschen auch von älteren Menschen mit Behinderung genutzt werden können.

1579

1580

41. VIELFALT IST EIN GEWINN FÜR ALLE

1581 Allen Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz steht das Recht zu, frei und
1582 selbstbestimmt zu leben. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht unabhängig von
1583 Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Herkunft, Beeinträchtigung, religiöser und
1584 weltanschaulicher Überzeugung diskriminierungsfrei gelebt werden kann.

1585 Die SPD Rheinland-Pfalz wird dazu die „Strategie Vielfalt“, die die rot-grüne
1586 Landesregierung beschlossen hat, konsequent weiterverfolgen und Organisationen der
1587 Zivilgesellschaft wie das „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ als
1588 Bündnispartner stärken. Wir setzen uns zudem für den Ausbau der
1589 Landesantidiskriminierungsstelle als Anlaufstelle im Land ein.

1590 Vielfalt ist ein Gewinn für alle. Deshalb wollen wir das Allgemeine Gleichstellungsgesetz
1591 (AGG) im Land unter anderem durch Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller
1592 kommunalen und Landeseinrichtungen bekannter machen. Wir wollen die ehrenamtliche
1593 und hauptamtliche Arbeit in diesem Themenfeld weiter fördern und ausbauen. Die
1594 Landesregierung wird dazu Ansprechpartner benennen und die Ablehnung von
1595 Diskriminierung in ihrer Außendarstellung verdeutlichen. Lesben, Schwule, Bisexuelle,
1596 Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen (LSBT TI) sind gleichfalls Teil
1597 unserer vielfältigen Gesellschaft. Für sie gilt das Recht auf uneingeschränkte Teilhabe
1598 bisher nicht in vollem Umfang. Auf der Grundlage der Zielvereinbarung zwischen der
1599 Landesregierung und QueerNet RLP e.V. werden wir daher den Landesaktionsplan
1600 „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ fortschreiben. Wir unterstützen die Arbeit des
1601 Bildungsprojekts SchLAu (schwul, lesbisch, bi, trans* Aufklärung) an rheinland-pfälzischen
1602 Schulen und wollen dieses Angebot ausbauen. Zudem ist klar, dass wir uns auf
1603 Bundesebene für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben
1604 einsetzen, vor allem für die Öffnung der Ehe.

1605 Wir wollen die Aufarbeitung der Geschichte der Schwulen und Lesben fortführen und
1606 streben auf Bundesebene die Aufhebung der Urteile nach § 175 zwischen 1949 und 1969
1607 und eine angemessene Wiedergutmachung an. Wir setzen uns dafür ein, dass verfolgte
1608 Schwule, Lesben und Trans* Zuflucht in unserem Land erhalten.

1609

1610 42. LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU – EINE WICHTIGE SÄULE UNSERER 1611 WIRTSCHAFT

1612 Landwirtschaft und Weinbau prägen in vielen Teilen das Gesicht von Rheinland-Pfalz, zum
1613 Beispiel durch die Steillagen an Rhein und Mosel. Ohne sie würde es die einzigartigen
1614 Kulturlandschaften und Naturräume, die unser Land so lebens- und liebenswert machen,
1615 nicht geben. Unser Naturschutz lebt vom kooperativen Vertragsnaturschutz mit der
1616 Landwirtschaft und dem Weinbau. Wir sind das Weinbaugebiet Nummer eins. Der von uns
1617 2009 initiierte duale Bachelor-Studiengang „Weinbau und Önologie“ ist eine einzigartige
1618 Erfolgsgeschichte.

1619 Landwirtschaft und Weinbau haben gute Zukunftsperspektiven und meistern den
1620 Strukturwandel. Die SPD steht dabei unterstützend an der Seite der Landwirtschaft und des
1621 Weinbaus. Unser zukunftsfähiger Weinbau und unsere zukunftsfähige Landwirtschaft
1622 stellen sich dem Wettbewerb. Wir wollen Rahmenbedingungen setzen, dass
1623 landwirtschaftliche Betriebe und damit auch Traditionen erhalten und fortgeführt werden
1624 können. Landwirtschaft und Weinbau sorgen für viele qualitativ hochwertige
1625 Ausbildungsplätze. Damit das auf einer wirtschaftlichen Basis geschehen kann, bedarf es
1626 auch in Zukunft einer zielgerichteten Investitionsförderung sowie einer Förderung der von
1627 Natur aus benachteiligten Gebiete. Eine große zusätzliche Chance bildet die wachsende
1628 Nachfrage nach ökologischen Produkten und Lebensmitteln. Landwirtschaft und Weinbau
1629 sind eine wichtige Säule unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Zudem wird hier ein
1630 maßgeblicher Beitrag zum Gelingen der Energiewende geleistet.

1631 Wir sichern – auch durch Einsetzen der Ressourcen der europäischen Agrarförderung – eine
1632 einträgliche, umweltbewusste und ressourcenschonende Landwirtschaft. Die SPD steht
1633 dabei für eine Gleichrangigkeit von konventioneller und ökologischer Produktionsweise
1634 und deren Unterstützung in Beratung und Förderung. Wein aus Rheinland-Pfalz ist ein
1635 Markenzeichen und steht für hervorragende Qualität. Dies gelingt ebenfalls im guten
1636 Miteinander von konventionellem und ökologischem Weinbau.

1637 Wir setzen auf eine gut aufgestellte Agrarverwaltung. Der Einstellungskorridor bei den
1638 Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) muss sicherstellen, dass auch in Zukunft
1639 eine flächendeckende produktionstechnische Beratung der Betriebe erfolgen kann. Dies
1640 gilt insbesondere für die Pflanzenschutz- und Düngeberatung. Die betriebswirtschaftliche
1641 Beratung wird immer wichtiger gerade aufgrund der zunehmenden (globalen)
1642 Marktorientierung. Die Einführung eines Steillagenzentrums beim DLR Mosel hat sich
1643 bewährt. Wo im Land eigene Forschung betrieben wird, werden wir finanzielle
1644 Unterstützungen prüfen.

1645 Die ausgezeichneten Qualitätsstandards im rheinland-pfälzischen Weinbau wollen wir auf
1646 hohem Niveau halten. Deshalb arbeiten wir, gemeinsam mit der Weinwirtschaft und den
1647 Weinbauverbänden, für eine zukunftsfähige Umsetzung der EU-Weinmarktreform. Wir
1648 setzen uns für eine Anpassung der europäischen Weinbauzonen an die klimatischen
1649 Veränderungen ein. Dabei geht es unter anderem um die Vereinfachung von Regelungen
1650 in Bezug auf Mostgewicht, Anreicherung und Säuern bzw. Entsäuern. Wir unterstützen
1651 eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung, um neu aufgetretene
1652 Schaderreger und Pflanzenkrankheiten erfolgreich zu bekämpfen.

1653

1654 **43. NACHHALTIGKEIT IN NATUR- UND TIERSCHUTZ**

1655 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Im Interesse künftiger
1656 Generationen sind wir aufgefordert, Klima und Ressourcen zu schonen. Wir setzen im
1657 Naturschutz auf einen Ausgleich zwischen den Interessen und auf konstruktive
1658 Zusammenarbeit. Dabei sollen die Belange des Naturschutzes auf der gesamten Fläche
1659 berücksichtigt werden.

1660 Dies muss unter Beteiligung und Einbindung der Nutzer geschehen. Der
1661 Vertragsnaturschutz ist hierzu ein wertvolles Instrument. In Zukunft soll dieses
1662 Instrument auch verstärkt im Wald angewendet werden. Wir wollen die bestehenden
1663 Schutzgebiete in ihrer ökologischen Funktion erhalten und wo möglich verbessern. Das
1664 Biotopverbundsystem soll Wanderungsbewegungen der betroffenen Arten erleichtern, die
1665 Lebensräume vollständiger vernetzen und so die Populationen fördern. Unsere Bäche und
1666 Flüsse sind bundesweit spitze, was den ökologischen Zustand angeht. Das erhalten wir.

1667 Mit dem Nationalpark im Hunsrück leistet unser Land einen Beitrag zur Umsetzung der
1668 nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Die Potenziale des Nationalparks Hunsrück-
1669 Hochwald für die Regionalentwicklung und für einen naturnahen Tourismus sollen
1670 genutzt werden. Der Nationalpark wurde zusammen mit der Region entwickelt, und diese
1671 Beteiligungskultur gilt es zu erhalten.

1672 Der Pfälzerwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet in Deutschland und hat für
1673 verschiedene Tier- und Pflanzenarten eine große Bedeutung. Wir werden die notwendigen
1674 Schritte gehen, um den Status des Biosphärenreservats Pfälzerwald zu sichern und den
1675 Pfälzerwald zur Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu gestalten.

1676 Unsere Forstpolitik möchte alle Waldfunktionen (Nutzung, Schutz, Erholung) für
1677 zukünftige Generationen erhalten. Hierzu müssen auch die Herausforderungen des
1678 Klimawandels bewältigt werden, die unsere Wälder zunehmend belasten. Neben der

1679 notwendigen Verringerung von Treibhausgasen sollen Anpassungsstrategien einen
1680 zusätzlichen Beitrag leisten. Auch die Anstrengungen zur Verringerung der
1681 Schadstoffeinträge müssen fortgesetzt werden. Eine erfolgreiche naturnahe
1682 Forstwirtschaft setzt angepasste Schalenwildbestände voraus. Im Jagdrecht wurden
1683 hierfür die Voraussetzungen geschaffen. Wir streben keine Änderungen des
1684 Landesjagdgesetzes an.

1685 Unser neues Landesnaturschutzgesetz greift die Herausforderungen der Umweltpolitik
1686 auf. So werden durch die Beteiligungsrechte der ehrenamtliche Naturschutz erweitert,
1687 Naturschutzgebiete vor gentechnischer Kontamination geschützt und ökologisch
1688 wertvolles Grünland erhalten. Wir werden die Leistungsfähigkeit der
1689 Naturschutzverwaltung erhalten und das hierfür notwendige Personal dauerhaft zur
1690 Verfügung stellen.

1691 Wir haben mit dem Landeswassergesetz wichtige Grundlagen zum Schutz unseres
1692 Trinkwassers geschaffen. Die Einnahmen aus dem Wassercent helfen, diese Ziele zu
1693 erreichen und die Kommunen gerade im ländlichen Raum finanziell zu unterstützen.
1694 Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sind wesentliche Aufgaben der
1695 Daseinsvorsorge. Wir lehnen erzwungene Privatisierungen ab. Wir setzen die Aktion „Blau
1696 Plus“ fort und fördern weiterhin die Wiederherstellung von naturnahen
1697 Gewässerzuständen. Das bestehende Hochwasserschutzkonzept werden wir gemeinsam
1698 mit den Kommunen und Gewässeranliegern unter anderem durch Rückhalte- und
1699 Schutzmaßnahmen sowie verbesserte Eigenvorsorge weiterentwickeln.

1700 Der hohe Waldanteil in Rheinland-Pfalz verpflichtet uns zu einer besonders sorgsamem
1701 und nachhaltigen Nutzung. Wir halten am Gemeinschaftsforstamt fest. Die Forstleute
1702 unseres Landes leisten eine erfolgreiche Arbeit. Unser Ziel bleiben stabile und artenreiche
1703 Mischwälder, die alle Waldfunktionen erfüllen. Der Landesbetrieb Landesforsten soll
1704 wirtschaftlich erfolgreich und leistungsfähig sein. Deshalb werden wir an der
1705 Dienstvereinbarung und dem damit verbundenen Einstellungskorridor festhalten.

1706 Für uns hat die stoffliche Verwertung von Holz Vorrang vor der energetischen Nutzung. In
1707 der Zukunft möchten wir verstärkt innovative Verwendungen von Laubhölzern
1708 unterstützen. Wir streben einen höheren Anteil von modernen Öfen an, um Brennholz
1709 effizienter zu nutzen und Emissionen zu reduzieren.

1710 Die erfolgreiche Zertifizierung des Staatswaldes bestätigt, dass der Staatsforst in
1711 Rheinland-Pfalz nach hohen Standards bewirtschaftet wird. Wir wollen einen Anteil der
1712 Prozessschutzflächen im Staatswald von zehn Prozent erreichen. Einen höheren Anteil
1713 streben wir nicht an.

1714 In der Tierhaltung müssen artgerechte Haltungssysteme weiter vorangebracht werden.
1715 Wir stehen seit Langem für einen verbesserten Tierschutz ein. Wir möchten die Haltungs-
1716 und Transportbedingungen von Nutztieren weiter verbessern und die Entwicklung von
1717 Alternativen zu Tierversuchen unterstützen. Wir freuen uns über den Einsatz der vielen
1718 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, etwa in Tierschutzvereinen und Tierheimen oder
1719 den landesweit aktiven Zuchtvereinen sowie den Wildtierhaltern, ohne deren Engagement
1720 viele Rassen bereits ausgestorben wären. Wir unterstützen dieses Engagement. Darüber
1721 hinaus wollen wir dafür eintreten, dass in Rheinland-Pfalz die oftmals qualvollen Auftritte
1722 von Wildtieren in Zirkussen untersagt werden.

1723

1724 **44. SPORTLICHES RHEINLAND-PFALZ**

1725 In Rheinland-Pfalz wird Sport gelebt. In Rheinland-Pfalz sind aktuell mehr als 1,4 Millionen
1726 Menschen und damit 37 Prozent der Bevölkerung in fast 6.300 Vereinen aktiv. Wir wissen
1727 um die große soziale Bedeutung des rheinland-pfälzischen Sports für die gesamte
1728 Gesellschaft. Die etwa 450.000 Ehrenamtlichen im Sport leisten dabei eine unschätzbare
1729 Arbeit, die weit über die Ausübung einer Sportart hinausgeht. Es geht ebenso um
1730 Gemeinschaft im Verein, Gesundheitsprävention, Integration und Inklusion. Wir werden
1731 auch in Zukunft für eine angemessene Finanzausstattung des Sports sorgen. Trotz der
1732 Schuldenbremse werden die Haushaltsansätze für den Sport nicht gekürzt.

1733 Zur Ausübung des Sports brauchen die Vereine eine moderne Infrastruktur. Wir werden für
1734 einen bedarfsorientierten Ausbau der Sportstätten eintreten. Dabei sollen auch innovative
1735 Konzepte zur multifunktionellen Nutzung von Bestandsgebäuden oder Leerständen in den
1736 Kommunen erprobt werden. Für den Sport in der Gesellschaft wird so entsprechender
1737 Raum geschaffen.

1738

1739 **45. KULTURLAND RHEINLAND-PFALZ**

1740 Kunst und Kultur aktivieren geistige, kreative, soziale und emotionale Kompetenzen. Dies
1741 zu bewahren, zu fördern und für alle zu ermöglichen ist uns Verpflichtung. In der
1742 Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz hat es nie zuvor ein so vielfältiges und
1743 hochwertiges Angebot an Kulturveranstaltungen gegeben. Landeseinrichtungen wie das
1744 Arp-Museum, kommunale Projekte wie die Nibelungen-Festspiele, aber auch die vielen
1745 Laienchöre, Theatergruppen, Musikvereine, Kunstinitiativen, Bands und Programmkinos
1746 verdeutlichen dies eindrucksvoll. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Kulturpolitik, zu

1747 deren Kernanliegen die kulturelle Bildung und die kulturelle Teilhabe seit ihren Anfängen
1748 gehört. Mit dem Programm „Jedem Kind seine Kunst“, der Förderung von
1749 Jugendkunstschulen und Musikschulen und anderen Maßnahmen haben wir in den
1750 zurückliegenden Jahren Bemerkenswertes auf den Weg gebracht. Wir werden auf diesem
1751 Weg konsequent weitergehen.

1752 Der gesellschaftliche Wandel durch Zuwanderung, die demografische Entwicklung und
1753 Digitalisierung sind für die Kulturpolitik der nächsten Jahre eine enorme Herausforderung,
1754 die es unter anderem durch eine erfolgreiche Integration durch Kultur zu meistern gilt.
1755 Kultureinrichtungen, Kunst- und Kulturschaffende, Vereine, Museen, Galerien stehen
1756 dadurch vor neuen Aufgaben und Chancen. Sie haben unsere Unterstützung.

1757 Der Kultursommer Rheinland-Pfalz etwa ist ein über die Grenzen hinaus geglücktes
1758 kulturpolitisches Konzept, von dem die freie Kulturszene sowie die Kommunen des Landes
1759 mit ihren Sommerfestivals (Moselmusikfestival, Eifel Literaturfestival, Summer in the City
1760 und viele andere) profitieren. Gerade die Soziokultur trägt dazu bei, dass es im Flächenland
1761 Rheinland-Pfalz ein funktionierendes und attraktives Kulturangebot gibt. Es ist uns
1762 gelungen, die finanziellen Mittel für die freien professionellen Kulturschaffenden in den
1763 vergangenen Jahren sukzessive aufzustocken, woran wir zukünftig festhalten. In
1764 Modellprojekten werden wir herausfinden, wie sichergestellt werden kann, dass freie
1765 Kultureinrichtungen und -initiativen zukunftssicher arbeiten können.

1766 Wenn wir Kulturschaffenden eine berufliche Perspektive in unserem Land bieten wollen,
1767 müssen wir ihre oft prekären Lebensbedingungen verbessern. Mit der Anwendung einer
1768 Leitlinie zur Vergütung Bildender Künstlerinnen und Künstler ist ein wichtiger Schritt
1769 getan. Auch leisten das Kunst-Mentoring, die Vergabe von Stipendien und der Betrieb der
1770 Künstlerhäuser wertvolle Hilfen. Durch landesweite Filmfestivals und Stipendienvergaben
1771 werden junge Filmschaffende gefördert. Wir werden mit unserer Kulturpolitik verstärkt
1772 auf die junge Generation aller Sparten zugehen und einen „Fonds für junge Kunst“
1773 einrichten.

1774 Museen, Archive und Bibliotheken bilden gemeinsam mit Theatern und Orchestern unsere
1775 kulturelle Infrastruktur. Die Förderung durch die öffentliche Hand sorgt im föderalen
1776 Deutschland für eine weltweit einzigartige Theater- und Orchesterlandschaft. Durch die
1777 Unterstützung kann ästhetisch mutig und künstlerisch gearbeitet werden, was das
1778 Staatstheater Mainz beweist. Bibliotheken sind, besonders in kleineren Kommunen,
1779 wichtige Kultur- und Bildungseinrichtungen. Sie sind Orte der Lese- und Sprachförderung,
1780 der Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz, aber auch Orte der
1781 Kommunikation und Diskussion, Integration und Inklusion. Bibliotheken und Archive sind
1782 Einrichtungen, die das schriftlich überlieferte Kulturerbe dokumentieren, erhalten und

1783 zugänglich machen. Wir wollen, dass dieses Erbe bewahrt wird und die rechtlichen
1784 Rahmenbedingungen für Erwerb und Ausleihe von E-Medien verbessert werden.

1785 Kulturelle Angebote steigern die Attraktivität unseres Bundeslandes, der Kulturtourismus
1786 stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Die Optimierung des Stadtmarketings und der
1787 Ausbau des Kulturtourismus sind unser erklärtes Ziel. Außergewöhnliche
1788 Ausstellungsvorhaben, wie die anlässlich des DADA-Jubiläums 2016 oder des 200.
1789 Geburtstages von Karl Marx 2018 in Trier, sind wichtig.

1790 Eindrucksvolle Beispiele zeigen, dass wir die Verpflichtung, unser kulturelles Erbe zu
1791 erhalten, barrierefrei zu erschließen und allen Generationen zu öffnen, ernst nehmen.
1792 Unser jüdisches Erbe liegt uns besonders am Herzen. Wir wollen, dass die SCHUM-Städte
1793 Worms, Speyer und Mainz Weltkulturerbestätten werden.

1794 Kulturförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nur möglich durch
1795 öffentliche Gelder, ehrenamtliches Engagement und die Unterstützung durch Sponsoren,
1796 Mäzene, Stiftungen und die Wirtschaft. Ein „Netzwerk Kultur“ soll diese Ressourcen
1797 bündeln und als nützliches Beratungsinstrument dienen.

1798

1799 **46. OFFENE UND TRANSPARENTE VERWALTUNG**

1800 Die öffentliche Verwaltung ist Dienstleisterin und Arbeitgeberin zugleich. Die SPD-
1801 geführte Landesregierung setzt auf eine schlanke, effiziente und moderne Verwaltung mit
1802 guter Führungskultur und Personalentwicklung. Die Verwaltung muss sich der
1803 Herausforderung des demografischen Wandels und der Digitalisierung stellen. Zu Recht
1804 erwarten Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, den Service der Verwaltung sicher,
1805 bequem und mobil abwickeln zu können. Mit dem Rheinland-Pfalz-Portal haben wir die
1806 Tür zur digitalen Verwaltung aufgestoßen. Land und Kommunen bieten hier rund um die
1807 Uhr online ihre Dienste an. Wer dieses Angebot nicht nutzen kann oder will, dem steht die
1808 einheitliche Behördenrufnummer D115 zur Verfügung.

1809 Interne Verwaltungsabläufe werden wir durch die Einführung der elektronischen Akte in
1810 der Landesverwaltung mittelfristig kostengünstiger und schneller gestalten. Kommunen
1811 begleiten wir auf dem Weg in die Digitalisierung, zum Beispiel in der Modellkommune e-
1812 Government, der virtuellen Kommune Mendig. Diesen erfolgreichen Weg, für den das Land
1813 bereits mehrfach ausgezeichnet wurde, werden wir fortsetzen.

1814 Eine starke und lebendige Demokratie lebt von Teilhabe, Partizipation und Information.
1815 Deshalb hat Malu Dreyer in ihrer Regierungserklärung ein Transparenzgesetz angekündigt

1816 und in den Landtag eingebracht. Es ist das erste Gesetz, das in einem breiten
1817 Beteiligungsprozess entstanden ist. Die Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung
1818 für eine starke Demokratie“, aber auch Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und
1819 Mitarbeiter der Verwaltung haben sich daran beteiligt. Eine offene und transparente
1820 Verwaltung ist keine gläserne. Sie legt aber den interessierten Bürgerinnen und Bürgern
1821 offen, wie sie regiert, welche Entscheidungen sie warum getroffen hat. Die Bürgerinnen
1822 und Bürger müssen nicht mehr wie bisher einen Antrag auf Information stellen. Künftig
1823 werden online auf einer Transparenzplattform im Internet alle Daten einsehbar sein. Wir
1824 erweitern damit die Open-Data-Plattform – was mit den englischen Begriffen „Good
1825 Governance“ und „Compliance“ umschrieben wird und nichts anderes als gutes Regieren
1826 meint. Damit will die SPD das Vertrauen in die Politik stärken.

1827

1828 **47. MEDIENLAND RHEINLAND-PFALZ – KOMPETENT IN DIE ZUKUNFT**

1829 Unser Land ist ein bedeutender Medienstandort und somit auch Beschäftigungsmarkt für
1830 viele Medienschaffende und die Kreativwirtschaft. Als Vorsitzland der
1831 Rundfunkkommission der Länder übernimmt Rheinland-Pfalz eine wichtige bundesweite
1832 Rolle dabei, wie die künftige Medienordnung in einer digitalen Welt aussehen wird, in der
1833 das traditionelle Fernsehen immer mehr mit den audiovisuellen Angeboten im Internet
1834 verschmilzt.

1835 Wir setzen uns für Vielfalt in der Medienwelt ein, sie ist Garant für Meinungsvielfalt, die in
1836 der Demokratie so wichtig ist. Basis dafür muss ein ausgewogenes Verhältnis aus
1837 öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, Printmedien und audiovisuellen Diensten
1838 sein. Wir setzen uns für den Ausbau offener WLAN-Angebote an möglichst vielen Orten
1839 ein. Wir werden auf Bundesebene deshalb für die Abschaffung der Störerhaftung eintreten,
1840 die diesem Ziel entgegensteht.

1841 Dabei sollen wirtschaftliche Chancen geöffnet werden, ohne dass marktbeherrschende
1842 Stellungen die Vielfalt einschränken. Medien müssen geeignete Angebote auch für junge
1843 Menschen entwickeln. Wo die Entwicklung junger Menschen beeinträchtigt zu werden
1844 droht, werden wir dem weiterhin durch einen geeigneten Jugendmedienschutz
1845 entgegenzutreten. Dabei kommen Organisationen wie Jugendschutz.net, den
1846 Medienkompetenzangeboten des Bildungsministeriums und der Landesmedienanstalt
1847 eine besondere Bedeutung zu. Diese werden wir weiter unterstützen.

1848

1849

48. WIR HALTEN DIE SCHULDENBREMSE EIN UND KONSOLIDIEREN DEN HAUSHALT

1850 Wir nutzen das laufende Jahrzehnt, in dem die geburtenstarken Jahrgänge noch
1851 vollständig im erwerbstätigen Alter sind, um unsere Finanzen demografiefest zu gestalten.
1852 So schaffen wir die zusätzlichen Handlungsspielräume, damit unser Land sozial,
1853 ökologisch und wirtschaftlich leistungsfähig bleibt. Rheinland-Pfalz konnte das
1854 strukturelle Defizit kontinuierlich reduzieren und ist jeweils unter der Defizit-Obergrenze
1855 geblieben. Wir halten die Schuldenbremse ein und reduzieren das strukturelle Defizit bis
1856 zum Jahr 2020 auf null. Auch in der kommenden Legislaturperiode ist es deshalb nötig,
1857 weitere Sparanstrengungen zu ergreifen. Das heißt auch: Verwaltungen werden wir nach
1858 weiteren Einsparpotenzialen überprüfen und zugleich die Verbesserung der
1859 Arbeitsbedingungen und der Arbeitsqualität in den Blick nehmen. Wir wollen die
1860 Modernisierung der Steuerverwaltung fortsetzen und setzen dabei auf den verstärkten
1861 Einsatz moderner Computersysteme. Zudem werden wir weiter das Personal gezielt in den
1862 Außendiensten (Betriebsprüfung und Steuerfahndung) verstärken.

1863 Eine gerechte Steuererhebung ist für uns ein essenzieller Bestandteil des gemeinsamen
1864 Zusammenlebens. Ein funktionierender Staat ist auf Einnahmen angewiesen, die durch
1865 alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer individuellen finanziellen
1866 Leistungsfähigkeit erbracht werden. Nur eine gerechte Steuererhebung ist auch eine, die
1867 zur entsprechenden Akzeptanz bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern führt. Auf
1868 Bundesebene setzen wir uns für einen internationalen Datenaustausch ein, damit
1869 Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden kann. Der Ankauf sogenannter Steuer-
1870 CDs ist ein allerletztes Mittel, um Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen.

1871 Eine Schwerpunktsetzung bleibt angesichts der Sparbemühungen unumgänglich. So
1872 stehen für uns die Investitionen in Bildung und Infrastruktur im Mittelpunkt. Die
1873 Beamtinnen und Beamten haben einen großen Beitrag zur Konsolidierung des
1874 Landeshaushalts geleistet. Deshalb gilt: Wir passen die Gehälter der Beschäftigten im
1875 Landesdienst an die Entwicklung der Inflationsrate und die Entwicklung der Löhne an.

1876 Bei den Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geht es darum, alle
1877 Länder so auszustatten, dass sie gleiche Lebensverhältnisse sichern und ihre Aufgaben
1878 wahrnehmen können, sowie die Lücke zwischen finanzstarken und finanzschwächeren
1879 Ländern nicht weiter auseinanderdriften zu lassen.

1880 Wir begrüßen, dass sich die sozialdemokratische Landesregierung bei den Verhandlungen
1881 über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen dafür einsetzt, dass künftig Unterschiede bei der
1882 Finanzkraft der Städte und Gemeinden stärker berücksichtigt werden. Grundsätzlich gilt:
1883 Die Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land muss sich an den

1884 unterschiedlichen Bedarfen vor Ort orientieren. Die kommunale Daseinsvorsorge muss
1885 gewährleistet werden.

1886

1887 **49. VERANTWORTUNG FÜR EUROPA UND DIE EINE WELT**

1888 Die europäische Integration ist für die rheinland-pfälzische SPD nicht nur politischer
1889 Auftrag, sondern auch gelebte Wirklichkeit. Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein guter
1890 Nachbar; die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in all ihren Ausprägungen zum
1891 direkten Wohl der Menschen wird zentral bleiben. Die SPD wird sich in der Europapolitik
1892 weiterhin für ein hohes Niveau bei Bürger- und Grundrechten sowie beim Datenschutz, bei
1893 der Stärkung der sozialen Dimension sowie der Sicherung und Schaffung
1894 zukunftssträchtiger Arbeitsplätze, beim Flüchtlingsschutz sowie in der Asyl- und
1895 Migrationspolitik einsetzen.

1896 Die SPD will einen starken Euro in einem europaweiten Regelsystem, in dem Finanzmärkte
1897 reguliert sind, Steuerdumping bekämpft wird und eine gemeinsame
1898 Bemessungsgrundlage für Steuern existiert. Ein europäisches Aufbauprogramm mit
1899 klarem Vorrang von Investitionen in die Realwirtschaft soll Staaten helfen,
1900 Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen. Um die Chancen
1901 der digitalen Entwicklung zu nutzen, sind gezielte Harmonisierungen im technischen
1902 Bereich und beim sozialen Schutz erforderlich.

1903 Im Dialog müssen alle Akteure um die optimale Verbindung von größtmöglicher Freiheit
1904 im Internet und besten Sicherheits- und Sozialstandards ringen. Europapolitische
1905 Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit soll insbesondere jungen Menschen die erreichten
1906 positiven Errungenschaften bewusstmachen. Die Europaschulen sollen dazu weiterhin
1907 unterstützt werden. Die SPD wird auch zukünftig auf allen Ebenen –zum Beispiel den
1908 Bundesrat oder den Ausschuss der Regionen – die rheinland-pfälzischen Interessen
1909 einbringen. Die kommunalen, regionalen und internationalen Partnerschaften des Landes
1910 sollen weitergeführt werden.

1911 Weltweit befinden sich so viele Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und
1912 Terrorismus wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Auch wir in
1913 Rheinland-Pfalz müssen unseren Beitrag gegen Armut und Perspektivlosigkeit in vielen
1914 Teilen der Welt leisten. Eine Verbesserung der Situation vor Ort muss aber bei den
1915 Ursachen ansetzen. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag bereits seit Jahren mit
1916 der vorbildhaften Partnerschaft mit Ruanda. Wir werden diese Partnerschaft weiter
1917 unterstützen und gemeinsam mit dem Ruanda-Verein fortentwickeln. Wir wollen auch bei

1918 uns in Rheinland-Pfalz die Themen einer nachhaltigen Beschaffung und des fairen Handels
1919 weiter voranbringen.

1920

1921 **50. RHEINLAND-PFALZ: DIE MITMACH-DEMOKRATIE**

1922 2011 hat sich die rot-grüne Koalition aufgemacht, neue Impulse für eine lebendige
1923 Demokratie in Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Im Jahr 2013 hat Malu Dreyer in ihrer
1924 Regierungserklärung ihre klare Leitlinie formuliert: Wir wollen die Stärkung der
1925 Bürgerdemokratie in unserem Land. Es geht darum, Ideen, Anregungen, Haltungen und
1926 Positionen der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz frühzeitig aufzugreifen und
1927 umzusetzen.

1928 Mehr Beteiligung und Transparenz auf allen Ebenen und damit mehr
1929 Mitwirkungschancen: Das ist unser Ansatz. Wir haben die Empfehlungen der Enquete-
1930 Kommission Bürgerbeteiligung umgesetzt und das Transparenzgesetz verabschiedet.
1931 Damit sind unter anderem die formalen Hürden für direktdemokratische Verfahren auf
1932 kommunaler Ebene abgesenkt, Unterschriftensammlungen erleichtert und die
1933 Verpflichtung zu einem finanziellen Deckungsvorschlag gestrichen worden. Bei
1934 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wird das Antragsquorum künftig einer prozentualen
1935 Staffelung unterzogen, die mit zunehmender Gemeindegröße gleichmäßig absinkt. Das
1936 heißt, dass bei einer Stadt von 200.001 Einwohnerinnen und Einwohnern statt 20.001
1937 Unterschriften nur noch 10.001 Unterschriften nötig sind. Auch das Abstimmungsquorum
1938 wird künftig herabgesetzt: Statt einer Zustimmung von 20 Prozent ist nur noch eine
1939 Zustimmung von 15 Prozent nötig. Demokratie lebt vom Mitmachen – dies unterstützen
1940 wir.

1941 Beteiligen, Mitwirken und Mitentscheiden: Dieser Dreiklang wird uns aber auch in der
1942 neuen Legislaturperiode begleiten. Wir wollen eine lebendige Mitmach-Demokratie, in der
1943 sich die Menschen einmischen können, ihre Fachkompetenz einbringen, in der Staat und
1944 Zivilgesellschaft vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dafür senken wir die Quoren für
1945 Volksbegehren. Eine unabhängige Anlauf- und Beratungsstelle soll allen Initiatoren
1946 direktdemokratischer Verfahren zur Verfügung stehen. Frühzeitige Information und
1947 Transparenz über Vorhaben und Planungen und konsultative Beteiligungsansätze (wie
1948 beispielsweise Planungszellen, Befragungen, Stadtteilkonferenzen, Bürgerforen etc.)
1949 wollen wir zur Regel machen. Die Möglichkeit der Mitgestaltung von Bürgerinnen und
1950 Bürgern, zum Beispiel in Seniorenbeiräten, Jugendparlamenten, Migrations- oder
1951 Behindertenbeiräten, werden wir ausbauen und fördern. Wir erwarten, dass Kommunen

1952 engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die Mitgestaltung und Beteiligung wünschen, dies
1953 in entsprechenden Gremien ermöglichen.

1954 Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind eine grundlegende
1955 Voraussetzung für das Erlernen der Demokratie. Diese Aufgabe liegt bei Kindertagesstätten
1956 und Schulen, aber auch bei den außerschulischen Trägern der Jugendarbeit und der
1957 politischen Bildung. Diese werden wir weiter unterstützen. In Kitas und Schulen werden
1958 wir die Partizipationsmöglichkeiten ausweiten. Die Landeszentrale für politische Bildung
1959 Rheinland-Pfalz unterstützen wir dabei in ihrer Arbeit. Auch hier werden neue Konzepte
1960 notwendig, um auf die Neuen Medien und Informationsverhalten der Menschen
1961 einzugehen.

1962 Wir halten daran fest, das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu
1963 senken. Wir befürworten das aktive und passive Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige
1964 bei Kommunalwahlen und bauen darauf, dass eine zeitnahe Änderung des Bundesrechts
1965 dies ermöglichen wird.

1966 In Zeiten der Digitalisierung der Gesellschaft muss auch das Verständnis von
1967 Parlamentsöffentlichkeit weiterentwickelt werden. Hierzu gehören nicht nur die
1968 bestehenden Livestream-Übertragungen parlamentarischer Sitzungen. Der Landtag ist das
1969 Herz unserer Demokratie. Er ist der zentrale Ort –nicht nur der Debatte, sondern auch der
1970 politischen Entscheidung. Die Debatte braucht aber neue, zeitgemäße Strukturen.
1971 Deswegen wollen wir eine Experimentierklausel zur Erprobung neuer Debattenformen
1972 einführen. Wir wollen im Landtag ein Beteiligungsportal einrichten, über das sich
1973 Bürgerinnen und Bürger nicht nur kompakt informieren, sondern sich mit ihrer Meinung
1974 und ihrem Sachverstand auch aktiv in die parlamentarische Gesetzgebungsarbeit
1975 einbringen können. Neue Wege der Information und Partizipation wird das Bewusstsein
1976 für die parlamentarische Demokratie insbesondere bei jungen Menschen befördern.
1977 Deswegen wollen wir einen Schwerpunkt im Bereich der politischen Bildung setzen und
1978 besonders die Rolle des Landtags stärken.

1979

1980 **V. WORAUF ES ANKOMMT**

1981 Rheinland-Pfalz ist heute schon ein starkes und mitfühlendes Land. Mit der SPD können
1982 sich die Menschen darauf verlassen, dass sie hier auch in Zukunft gut und sicher leben und
1983 arbeiten können. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz weiterhin für Zusammenhalt,
1984 Gerechtigkeit und Zukunftsoffenheit steht. Allen Formen von Extremismus,

1985 Menschenfeindlichkeit und Terrorismus, die die Werte unseres Zusammenlebens und
1986 unsere offene Gesellschaft infrage stellen wollen, werden wir entschlossen und mit allen
1987 Mitteln entgegentreten. Sie haben in Rheinland-Pfalz keinen Platz.

1988 Bundesweit wird deutlich, dass sich am rechten Rand der Gesellschaft menschen- und
1989 freiheitsfeindliche Gruppierungen neu formieren, dass Rassismus und Gewalt noch lange
1990 nicht besiegt sind. Populisten versuchen, Menschen mit autoritären oder antieuropäischen
1991 Grundeinstellungen zu sammeln oder aus den Zukunftsängsten politischen Profit zu
1992 schlagen. Wir erleben auch, wie schnell manchmal aus persönlicher Enttäuschung
1993 Fremdenfeindlichkeit oder generelle Abwendung von der sozialen Demokratie wird.

1994 Bei der Landtagswahl am 13. März geht es auch darum, dass wir rechten Vereinfachern
1995 und Populisten aller Schattierungen keine Chance lassen. Es geht darum, dass wir durch
1996 eine hohe Wahlbeteiligung dafür sorgen, dass sich die Mitte der Gesellschaft zu Wort
1997 meldet und den Kurs bestimmt. Dass Rheinland-Pfalz ein offenes, zukunftsorientiertes
1998 Land bleibt. Dass unsere Gesellschaft sich nicht spalten lässt, sondern die Probleme
1999 gemeinsam angeht.

2000 Von der Landesregierung muss in solchen Grundfragen unserer demokratischen
2001 Entwicklung Klarheit ausgehen, nicht Unentschiedenheit oder gar das Signal von
2002 Verständnis für Ausgrenzung oder antidemokratische Vorurteile. Das ist gerade deshalb so
2003 wichtig, weil in Europa vielerorts zuletzt so viel Wankelmut und Egoismus sichtbar
2004 geworden sind und eine Rückwendung zum alten Nationalstaatsverständnis des 20.
2005 Jahrhunderts uns alle zurückwerfen würde, auch wirtschaftlich.

2006 Hier geht es um grundlegende Weichenstellungen. Es geht um soziale Sensibilität, um
2007 pragmatisches Anpacken und um kulturelle Offenheit. Rheinland-Pfalz hat in den
2008 vergangenen Jahrzehnten gezeigt, wie das geht. Die SPD und Ministerpräsidentin Malu
2009 Dreyer stehen dafür, dass unser Land diesen erfolgreichen Weg fortsetzt.

2010 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen dafür, dass unser Land mit einer
2011 klaren Haltung regiert wird, die den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt und
2012 dafür sorgt, dass alle am Erfolg unseres Landes teilhaben. Diese Politik passt zu Rheinland-
2013 Pfalz. Sie stärkt unser Heimatland in seiner liebenswerten Vielfalt und in seiner sozialen
2014 Kompetenz. Mit uns bleibt Rheinland-Pfalz Zukunftsland.

SPD RHEINLAND-PFALZ

